

stedt und Salviati recht hatten. Daß ich mit meiner Forderung an Rundstedt im Jahre 1943 in seinen Augen nicht unter den Begriff des „Rebellen“ fiel und verhaftet wurde, entsprach nicht etwa nur dem persönlichen Verhältnis, das mich mit Rundstedt verband, sondern ist ein Beweis dafür, daß derartige Gedankengänge im verantwortungsbewußten Kern des Offizierkorps geläufig waren. Man hatte Hitler nun wirklich als Wortbrüchigen, als Verbrecher am deutschen Volke erkannt. Konnte jemand erwarten, daß man ihm noch den Diensteid hielt?

Allein die Tatsache, daß unser Deutschland, daß unsere Kameraden, das Leben unserer Frauen und Kinder, auch weiter von unserem Tun abhängen, daß ihr Schicksal mitbestimmt war von Hitlers Krieg, zwang uns in den Dienst zurück. Dieser Dienst litt unter dem ständigen Widerstreit der Gefühle, unter dem Zusammenprall des äußeren Befehls mit den ewig gültigen Gesetzen in uns. Er konnte nur noch eines bedeuten: ausharren, schützen, verhindern, ausgleichen, dann und wann an einen Rest von Vernunft appellieren und – zusammenstehen, ein bitteres Ende erwartend. Wer mißt die Summe des Leids, des Verzichts, der Seelenqual, die dieser Dienst von seinen Trägern gefordert hat?

ERICH MATTHIAS

DER UNTERGANG DER ALTEN SOZIALDEMOKRATIE 1933*

Die strukturelle Dauerkrise der Weimarer Demokratie, die Resignation der Demokraten und ihre Unfähigkeit, sich eine realistische Vorstellung von der drohenden Gefahr und den Methoden des totalitären Gegners zu machen, zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen, die den Sieg der dynamischen Massenbewegung des Nationalsozialismus ermöglicht haben. Von den Parteien der Republik verharrete allein die sozialdemokratische in eindeutiger und kompromißloser Gegnerschaft zum aufsteigenden Nationalsozialismus. Doch für die Schwäche der Demokratie, die im Bruch der Großen Koalition offen zutage trat, ist sie nicht minder verantwortlich als die Gegner des Weimarer Staates. Wenn auch die Aufgabe, die sich der deutschen Sozialdemokratie im November 1918 aufgedrängt hatte, schwer, vielleicht sogar angesichts der außenpolitischen und wirtschaftlichen Misere un-

* Die vorliegende Abhandlung setzt die im vorigen Heft, S. 179–226, veröffentlichte Dokumentation voraus, die ohne Ortsangabe mit Dokumentennummer und Seitenzahl zitiert wird. Der zur Verfügung stehende Raum zwang den Verfasser, seine Ausführungen sehr zu straffen und den wissenschaftlichen Apparat im wesentlichen auf Zitatenachweise zu beschränken, so daß die umfangreiche verarbeitete Literatur sowie die verwerteten Zeitungsbestände, Dokumente – darunter wichtige Schriftstücke aus dem Grzesinski-Nachlaß – und Befragungsergebnisse nur zu einem Bruchteil in Erscheinung treten. Es sei daher darauf hingewiesen, daß Abhandlung und Dokumentation in erweiterter Form gegen Ende des Jahres als selbständige Veröffentlichung erscheinen werden.

lösbar war, die Passivität ihrer Revolutionspolitik und ihre mangelnde Gestaltungskraft sind nicht ausschließlich die Folge äußerer Faktoren gewesen. Läßt es sich doch erweisen, daß die führenden sozialdemokratischen Vertreter in der veränderten Welt noch immer die Maßstäbe ihres Handelns dem engen Kreis der Anschauungen und Erfahrungen der Vorkriegssozialdemokratie entnahmen. Daß das erstarrte sozialdemokratische Selbstbewußtsein die Aktionsmöglichkeiten der Sozialdemokratie 1918/19 weit wirksamer begrenzte als die Ungunst der vielberufenen „Verhältnisse“, ist das entscheidende Kriterium, ohne das ein wissenschaftlich gerechtfertigtes Urteil über die sozialdemokratische Revolutionspolitik nicht zu gewinnen ist. Nur von diesem Ausgangspunkt öffnet sich auch der Weg zum Verständnis der Politik der SPD in der Periode der Auflösung der Republik. Denn trotz aller Modifikationen im einzelnen hatte sich die Sozialdemokratie in der ganzen Weimarer Zeit nicht aus ihrer traditionalistischen Erstarrung lösen können. Durch ihre verantwortungsbewußte Opferbereitschaft, die sie zur Tolerierung des Kabinetts Brüning bestimmte, erwarb sie sich kaum neue Sympathien. Ihre passive Resignation aber, die den Sturz der Regierung Hermann Müller ermöglichte und sich deutlicher noch in der Reaktion auf Papens Staatsstreich in Preußen ausprägte, trug wesentlich zur Beseitigung der Schranken bei, die einer Machtübernahme der Nationalsozialisten entgegenstanden. Ein isolierter Widerstand der SPD nach dem 30. Januar 1933 schien von vornherein aussichtslos. Doch die folgenden Monate bis zum offiziellen Verbot der Partei machen mit besonderer Eindringlichkeit die Symptome sichtbar, die das tragische Versagen der stärksten und konsequentesten Kraft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland bedingt haben. Dabei verbinden sich die spezifischen, nur parteigeschichtlich zu erklärenden Momente der sozialdemokratischen Verhaltensweise mit den typischen Zügen der Reaktion einer liberaldemokratischen Massenpartei auf den Ansturm einer totalitären Bewegung, die, einmal an die Regierung gelangt, sich anschickt, das ganze Leben der Nation unter ihre Kontrolle zu bringen¹. So lenkt die vorliegende Untersuchung zugleich die Aufmerksamkeit auf die notorische Unterlegenheit der Kräfte des liberaldemokratischen Zeitalters gegenüber ihren totalitären Gegnern und damit auf eine Forschungsaufgabe, der sich die politischen Wissenschaften in der Region der gefährdeten Demokratie, in der wir leben, nicht verschließen können.

I. Der Wille zum Widerstand

Es ist schwer, zu einem Urteil über die Stärke des Widerstandswillens zu kommen, der zur Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie lebendig war. Trotz der fortdauernden Passivität der

¹ In dieser Fragestellung berührt sich meine Studie mit der Abhandlung von Lewis J. Edinger, „German Social Democracy and Hitler's 'National Revolution of 1933': A Study in Democratic Leadership“, in: „World Politics“, April 1953, S. 330–367, die mir während der Vorarbeiten zugänglich wurde und mit der ich in wesentlichen Punkten übereinstimme.

sozialdemokratischen Parteiführung und trotz des weitgehenden Ausbleibens spontaner Widerstandsaktionen ergibt sich ein differenziertes Bild, dessen bestimmende Züge hervortreten, wenn man die Stimmungsschwankungen innerhalb der SPD seit den Wahlen vom 14. September 1930 berücksichtigt.

Zwar führte das alarmierende Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen keinen einschneidenden Wandel der sozialdemokratischen Politik herbei; doch die unmittelbare Reaktion auf den nationalsozialistischen Wahlerfolg war keine Schwächung, sondern eine Stärkung des Widerstandswillens. Selbst die Erklärung der Reichstagsfraktion nach den Septemberwahlen nahm zumindest vage auf die Stimmung Rücksicht, die besonders die jüngere Parteianhängerschaft ergriffen hatte. Man spürte, wie Julius Leber schreibt, „zum ersten Mal einen starken Unmut gegen die eigene Führerschaft in den sozialdemokratischen Reihen“. Das Gefühl, daß die althergebrachten parlamentarischen Mittel unzulänglich seien, brach sich mehr und mehr Bahn; und während die Partei sich weiter „im Kreise ihrer eigenen Entschlußlosigkeit“ drehte², drängten die jungen aktivistischen Kräfte auf die Straße, um den nationalsozialistischen Bürgerkriegstruppen gegenüber ihre Bereitschaft zum Verteidigungskampf für die Republik zu demonstrieren.

Bereits im Februar 1931 wurden die „Schutzformationen“, eine militante Elite-truppe des offiziell überparteilich-demokratischen Reichsbanners, gebildet, und am 16. November des gleichen Jahres proklamierten Delegierte der SPD, der Freien Gewerkschaften und der Arbeitersportorganisationen als direkte Antwort auf die „Harzburger Front“ der antirepublikanischen Rechten die „Eiserne Front“ unter Führung des Reichsbannerbundvorsitzenden Karl Höltermann.

Daß hier tatsächlich neue, von unten heraufdrängende Impulse wirksam wurden, kann keinem Zweifel unterliegen. Der sozialdemokratische Parteivorstand war, nach dem Zeugnis Lebers, von der „neuen Erfindung“ nicht sehr begeistert; auf die „namenlosen Massen der alten Bebelpartei“ aber habe der Gedanke der Eisernen Front gewirkt „wie ein altes, halbvergessenes Sturmsignal auf eine kampff- und sieggewohnte Truppe“.³

Auch Stampfer registriert in seiner Darstellung der Weimarer Zeit die belebende und ermutigende Wirkung, die von der Eisernen Front ausging, doch spricht er aus der Distanz des „Wissenden“, für den aller Elan der Marschierenden nichts an der Tatsache änderte, daß sich im Fall eines Bürgerkriegs „mit der Stellungnahme der regulären bewaffneten Macht alles entschied“.⁴ Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir in Stampfers Schilderung ein gutes Stück der nüchtern resignierenden Erfolgsrechnung der sozialdemokratischen Parteiführung sehen, die

² Julius Leber, „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie Juni 1933“, in: „Ein Mann geht seinen Weg, Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber“, hrsg. von seinen Freunden, Berlin und Frankfurt a. M. 1952, S. 187–247; Zitate S. 238 f.

³ A. a. O., S. 239 f.

⁴ Friedrich Stampfer, „Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik“, 3. Aufl., Hamburg (1953), S. 607 f.

auch für den Entschluß verantwortlich ist, dem Staatsstreich Papens vom 20. Juli 1932 keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Auch wenn die republikanische „Festung“ Preußen nicht zu halten war, bleibt dieser Beschluß verhängnisvoll. Karl Dietrich Bracher, dem wir eine eingehende kritische Untersuchung der Vorgänge um den 20. Juli verdanken, kommt zu dem Ergebnis, daß die sachlichen Gründe, die neben den psychologischen Hemmungen der republikanischen Führung für einen Verzicht auf jeden konkreten Widerstand sprachen, wohl schwerwiegend, doch nicht politisch zwingend und überzeugend waren. Seine politisch-wissenschaftliche Analyse bestätigt das Urteil Lebers vom Juni 1933, daß der 20. Juli 1932, „der die ganze innere Schwäche und Entschlußlosigkeit der Weimarer Front bloßgelegt hatte“, unmittelbar dem 30. Januar 1933 den Weg bereitete⁵.

Die Aktion gegen die Preußenregierung kam nicht unerwartet. Bereits am 16. Juli hatte der Parteivorstand der SPD auf Veranlassung Severings über die Widerstandsfrage beraten und war einmütig zu dem Ergebnis gekommen, „bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen“.⁶ Es mutet seltsam genug an, daß derselbe Otto Wels, der zusammen mit Severing, Vogel, Breitscheid, Crispian, Hilferding und Stampfer für diesen Beschluß verantwortlich zeichnet, es als „Zusammenbruch einer Welt“ empfunden haben soll, als die Gewerkschaftsführung sich wenige Tage später dagegen aussprach, den Staatsstreich mit der Proklamierung des Generalstreiks zu beantworten; und doch ist diese Diskrepanz nur charakteristisch für die zwiespältige Haltung und die Entschlußunfähigkeit der sozialdemokratischen Führung.

Die gläubige Zuversicht und das wiedererwachende Selbstvertrauen der Anhänger, denen die imposanten Massenkundgebungen und Aufmärsche der Eisernen Front ein trügerisches Gefühl der Stärke suggeriert hatten, wirkte wohl so weit auf die Parteispitze ein, daß sie mit dem Gedanken an Widerstand spielte; doch im entscheidenden Moment überwogen bei den verantwortungsbewußten sozialdemokratischen „Realpolitikern“ die Bedenken. Groß geworden in einer Partiehierarchie, die seit Jahrzehnten jedem in seinen Konsequenzen nicht klar überschaubaren Risiko ausgewichen war, von einer panischen Abneigung gegen alle „Experimente“ erfüllt und „blutschau“ aus langer humanitärer Tradition, vertrösteten sie sich selbst und ihre Anhänger auf die nahe bevorstehenden Reichstagswahlen. Daß sich in dieser Situation die Möglichkeit bot, in altgewohnter Weise an die Macht des Stimmzettels zu appellieren, erschien der Parteiführung als der gegebene Ausweg aus dem Dilemma. So beschwor sie ihre Anhänger, nichts zu unternehmen, was die Durchführung der Wahlen am 31. Juli gefährden könne. Dieser Haltung entsprach auch das fragwürdige Argument der Gewerkschaftsführer, daß man sich nicht vom Gegner die Stunde des Handelns vorschreiben lassen dürfe.

⁵ Karl Dietrich Bracher, „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 582 ff.; Leber a. a. O., S. 243.

⁶ Carl Severing, „Mein Lebensweg“, Bd. II, Köln 1950, S. 347.

Wheeler-Bennetts Version, die Sozialdemokraten seien bereit gewesen, „sofort den Generalstreik auszurufen und der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin“, und nur durch die Gewerkschaftsführer darin gehindert worden⁷, ist eine Legende, deren Entstehung allerdings verständlich ist. Denn in der Situation allgemeiner Kopflosigkeit und Verwirrung am 20. Juli wurde zweifellos im Kreise der Spitzenfunktionäre von Partei und Gewerkschaften alles nur irgend Mögliche theoretisch erörtert und wieder verworfen, so daß eine Atmosphäre entstand, die ein anscheinend gut informierter Beobachter mit den Worten beschreibt: „Jeder will, wenn der andere will. Also will jeder und – keiner.“⁸ Wohl zeigten sich die Gewerkschaften sehr zurückhaltend; doch die an sich richtige Erkenntnis, daß die Situation mit der zur Zeit des Kapp-Putsches nicht zu vergleichen sei, erwies sich auch bei der Parteiführung als eine jede Aktivität lähmende Zwangsvorstellung. Auch ihr lieferte die wirtschaftliche Situation, die in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit denkbar ungünstige Voraussetzungen für einen Generalstreik geboten habe, neben der Haltung der Reichswehr und der Unmöglichkeit einer gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten den wichtigsten Rechtfertigungsgrund. Was für Spannungen auch immer zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung bestanden haben mögen, auf den Ablauf des Geschehens haben sie keinen Einfluß gehabt und sind infolgedessen für das historische Urteil irrelevant.

Wie die Beschwichtigungsversuche der leitenden Instanzen und der Parteipresse indirekt bestätigen, herrschte in den Massen der Eisernen Front eine ungeheure Erregung. Daß spontane Aktionen unterblieben sind, ist wahrscheinlich nur der Diszipliniertheit der sozialdemokratischen Anhänger zu verdanken. Wenn Otto Wels, wie Severing berichtet, „unmittelbar nach dem 20. Juli“ auf Grund einer Umfrage bei führenden Funktionären der Gewerkschaften, der Partei und des Reichsbanners im Lande allgemeine Abneigung gegen eine Widerstandskaktion feststellte⁹, so erscheint das wenig beweiskräftig. Grundlage der Beurteilung des Widerstandswillens kann nur die spontane Einsatz- und Opferbereitschaft sein, mit der im Zeitpunkt des Staatsstreichs an der Basis der Eisernen Front zu rechnen war.

Über das Ausmaß der Vorbereitungen und den Ausbildungsstand der Reichsbannerformationen könnte nur mit Hilfe einer großzügig angelegten Befragungsaktion Klarheit geschaffen werden. Zweifellos hatten insbesondere die „Schutzformationen“¹⁰ eine mehr oder weniger intensive Wehrsportausbildung genossen. Eine reguläre Bewaffnung ihrer Kader war jedoch von der Reichsbannerführung immer abgelehnt worden; sie erschien ihr schon darum unnötig, weil ja „unsere

⁷ John W. Wheeler-Bennett, „Die Nemesis der Macht“, Düsseldorf 1954, S. 276.

⁸ Lothar Frey, „Deutschland wohin?“, Zürich 1934, S. 14.

⁹ Severing a. a. O., S. 355.

¹⁰ „Das Reichsbanner“, 23. 4. 1932, beziffert die Zahl der Angehörigen der „Schutzformationen“ auf fast 400 000. Nach Bracher a. a. O., S. 489 f., etwa zur gleichen Zeit auch von 400 000 SA-Leuten.

Polizei“ über Waffen verfügte. Wo aus eigener Initiative Waffen, in erster Linie Pistolen, beschafft wurden, sollten sie der Selbstverteidigung und dem effektiven Schutz der Partei- und Gewerkschaftshäuser dienen.

Auch im Parteivorstand der SPD wurden auf das Drängen einiger junger Mitarbeiter hin, darunter die heutigen Vorstandsmitglieder Fritz Heine und Alfred Nau, begrenzte Widerstandsvorbereitungen getroffen. Ein in der Zeit vom Herbst 1931 bis zum Frühjahr 1932 aufgebautes Funknetz, dem alle 33 Bezirksorganisationen der Partei angeschlossen waren, sollte bei einer Besetzung des „Vorwärts“-Hauses die Verbindung zwischen der Führung und den Organisationen im Lande aufrechterhalten. Weiterhin wurde etwa in der gleichen Zeitspanne ein bewaffneter Selbstschutz zur Verteidigung des Parteihauptquartiers organisiert, an dem nach Heines Erinnerung etwa 100 Männer teilnahmen, für die in abenteuerlichen Fahrten nach Suhl Karabiner, Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Pistolen herangeschafft wurden. Die Bewaffnung reichte nach Auffassung der Initiatoren aus, um bei einem Überfall oder einem Putschversuch das Haus bis zum Eintreffen von Polizeieinheiten halten zu können; auch hier rechnete man ganz selbstverständlich mit einer funktionierenden republikanischen Polizei. Die Bewachungsmannschaften rekrutierten sich teilweise aus den jüngeren Parteigestellten, teilweise aus Angehörigen des Berliner Reichsbanners. Besonders stark beteiligten sich die beiden Studentenhundertschaften der Berliner Hochschulen, die sich in Anknüpfung an die Wiener Tradition des Jahres 1848 „Akademische Legion“ nannten und im Winter 1931/32 unter Anleitung von Polizeioffizieren eine gründliche Ausbildung im Jiu-Jitsu, im Straßenkampf und im Pistolenschießen durchgemacht hatten.

Als während des ersten Wahlgangs der Präsidentenwahlen mit einem nationalsozialistischen Marsch auf Berlin gerechnet wurde, lagen ungefähr 150 Bewaffnete, darunter die Reichsbannerstudenten, zum Schutz des „Vorwärts“-Gebäudes bereit. Am 20. Juli setzten die Führer der „Akademischen Legion“ wahrscheinlich spontan, ohne Befehl, ihre Stoßtrupps zum Sturm auf das Preußische Innenministerium und auf das Gebäude des Berliner Rundfunks an. Die Studenten brannten darauf anzugreifen und wollten nur die Proklamation des Generalstreiks abwarten. Als dann überhaupt nichts erfolgte, verließen sie abends gegen 20 Uhr die Ausgangsstellungen, die sie bezogen hatten, und die Aktion verlief im Sande¹¹.

An der ernsten Bereitschaft dieser jungen Menschen, ihr Leben für die Verteidigung der Republik einzusetzen, kann nicht gezweifelt werden. Auch der Einwand, daß es sich um relativ wenige schwärmerisch-romantische Studenten gehandelt hätte, ist nicht stichhaltig. Für den Magdeburger Bezirk beispielsweise ergibt sich, nur in dem größeren Rahmen einer regionalen Parteiorganisation, ein ganz ähnliches Bild. In diesem Gebiet hatte man auf eigene Initiative seit dem Frühjahr 1932 eine Abwehrorganisation aufgebaut; und ihre Wirksamkeit war durch Probealarme überprüft worden. Als in der Nacht vom 20. auf 21. Juli, gegen halb drei

¹¹ Nach mündlichen Auskünften von Fritz Heine (über die Widerstandsvorbereitungen im Parteihauptquartier) und Georg Eckert (über die Aktivität der Reichsbannerstudenten).

Uhr, der Parteivorstand aus Berlin die Direktive erteilte, jeden Widerstand aufzugeben und die Alarmierung der Organisationen rückgängig zu machen, leisteten „Männer, Frauen und Jugendliche, die, aufgefordert, restlos auf ihren Plätzen waren, . . . weinend und höchst unmutig der Anordnung Folge“.¹²

Ein so relativ hoher Grad an technischer Bürgerkriegsbereitschaft wie im Magdeburger Parteibeziirk, einer alten sozialdemokratischen Hochburg, war gewiß eher Ausnahme als Regel. Doch trotz der fehlenden oder mangelhaften Bewaffnung und trotz erheblicher regionaler und lokaler Unterschiede wird man die militanten Eliteformationen des Reichsbanners generell als einen Kern des Widerstandswillens ansprechen dürfen. Sie wollten tatsächlich mehr sein als ein „Saalschutz“ und standen in den entscheidenden Stunden auf den Sammelplätzen, um auf den Ruf der Führung zu warten¹³.

Die Möglichkeit, daß sich die Eiserne Front in einer Bürgerkriegssituation fest um ihren militanten Kern zusammengeschlossen hätte, darf zumindest nicht von vornherein verneint werden. Zwei Vorbedingungen hätten allerdings gegeben sein müssen: eine schnelle und unzweideutige, sich die spontane Empörung zunutze machende Entscheidung der Partei- und Gewerkschaftsführung und die Bundesgenossenschaft der preußischen Polizei, deren Treue nie auf die Probe gestellt worden ist. Mehr noch als auf die leitenden Funktionäre kam es dabei auf die Haltung Brauns – der nach den Landtagswahlen vom 24. April völlig resigniert hatte – und Severings an, die allgemein als starke Männer galten. Ihre nachträgliche Rechtfertigung, daß der Kampf um die „Wiedereinsetzung eines geschäftsführenden Ministeriums“¹⁴ und die Auflehnung gegen eine „vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung“¹⁵ kein zündendes Ziel gewesen sei, hätte in dem damaligen Erregungszustand kaum Verständnis gefunden. Auch die Älteren sahen zu ihnen als den berufenen Führern im Abwehrkampf der Republik auf; nichts lag ferner als der Gedanke, daß diese am meisten bewährten sozialdemokratischen Staatsmänner „Bürokraten der Politik“¹⁶ geworden waren. Ihr Votum wäre auch auf die besonnenen und disziplinierten sozialdemokratischen Betriebsarbeiter nicht ohne Einfluß geblieben, so ungünstig Partei- und Gewerkschaftsführung die Aussichten eines Generalstreiks beurteilen mochten.

Alles in allem wäre doch ein eindrucksvolles Aufbäumen denkbar gewesen, das den Reichspräsidenten und die Reichswehrführung, die den Bürgerkrieg verabscheuten, in eine schwierige Situation gebracht hätte. Vorbeugend den Ausnahmezustand zu verhängen, ist etwas ganz anderes, als die volle Verantwortung für ein

¹² Ernst Schumacher, damals SPD-Unterbezirkssekretär für die Landkreise Wandsleben und Oschersleben, schriftliche Auskunft vom Januar 1956 mit mündlichen Ergänzungen.

¹³ Walter Hammer (Hsg.), „Theodor Haubach zum Gedächtnis“, Frankfurt a. M. 1955, S. 32 f., 35 f., 39 f.; Lothar Frey a. a. O., S. 14 ff.; Franz Josef Furtwängler, „ÖTV, Die Geschichte einer Gewerkschaft“, Stuttgart 1955, S. 556; Evelyn Anderson, „Hammer oder Amboß“, Nürnberg 1948, S. 206; Brief Wolfgang Abendroths an den Verf. vom 22. 10. 1955.

¹⁴ Severing a. a. O., S. 356.

¹⁵ Otto Braun, „Von Weimar zu Hitler“, 2. Aufl., New York 1940, S. 409 f.

¹⁶ Leber a. a. O., S. 242; Bracher a. a. O., S. 434 und 585, Anm. 137.

Massengemetzel zu übernehmen. Doch es ging nicht nur darum. Es widersprach der Politik der Reichswehrführung, „ihr Instrument in seiner militärischen Bereitschaft durch politischen Einsatz, durch ‚Politisierung‘, zu gefährden“.¹⁷ Diese politische Grundlinie hat Schleichers Versuche, zu einem Ausgleich mit der NSDAP zu kommen, wesentlich mitbestimmt. Der Gedanke liegt nahe, daß er bei seiner Unterstützung des Staatsstreichs in Preußen gerade von der Voraussetzung ausging, die Linke werde wahrscheinlich nicht bereit sein, das volle Risiko eines Bürgerkriegs auf sich zu nehmen, so daß es auch in diesem Falle genügen würde, die „Reichswehr als Mittel des Einflusses und der Drohung“¹⁸ einzusetzen, ohne sie offen zur Aufgabe ihrer freilich weitgehend fiktiven „Überparteilichkeit“ zu zwingen. Bei dieser Haltung aber hätte eine unerwartet entschlossene Demonstration der Bürgerkriegsbereitschaft der Linken, für die bei den Kadern der Eisernen Front – nicht bei ihrer Führung – die Vorbedingungen nicht ungünstig waren, selbst bei eindeutiger militärischer Überlegenheit der Reichswehr eine entscheidende Größe im politischen Spiel sein können. Im übrigen hätte der offene Bürgerkrieg sowohl die Kommunisten und die linksradikalen Elemente, die sich von der Passivität der SPD abgestoßen fühlten, als auch die schwankenden, passiv abwartenden oder indifferenten Kräfte des Zentrums und der bürgerlichen Mitte und die Regierungen der süddeutschen Länder in eine echte Entscheidungssituation hineinzwingen können, die eine klare Parteinahme erforderte.

Spekulationen dieser Art stehen dem Historiker schlecht genug an, doch sind sie zur Beurteilung einer Lage nicht zu entbehren, in der es auf politische Imponderabilien nicht minder ankam als auf die Macht der Waffen. Erst die Resignation der Sozialdemokratie und die offene Demonstration ihres fehlenden Machtwillens am 20. Juli 1932 schalteten die Partei als ernstzunehmenden politischen Faktor aus. Dabei ist es charakteristisch für die Mentalität der sozialdemokratischen Führung, daß auch die heimliche Furcht vor den Konsequenzen eines unwahrscheinlichen Sieges dazu beigetragen haben dürfte, ihre Entschlußfähigkeit zu besiegeln. Ein machtpolitischer Kampf außerhalb der gewohnten parlamentarischen Bahnen hatte in ihrer Vorstellungswelt keinen legitimen Platz, obgleich die politischen Chancen einer risikoreichen Entscheidung für den Widerstand mit der Alternative Sieg oder Niederlage keineswegs erschöpft gewesen wären.

Wie sehr auch der Boden schwankt, auf dem sich unsere Betrachtung bewegt, sicher ist folgendes: mit dem 20. Juli war die letzte Chance einer Ausweitung der republikanischen Widerstandsbasis nach rechts und nach links verscherzt; und die Auswirkungen eines vollen Mißerfolgs hätten nicht verheerender sein können als die politischen und psychologischen Folgen der Untätigkeit.

Der 20. Juli traf die Eisernen Front an ihrer empfindlichsten Stelle: er erschütterte die naiv-gläubige Zuversicht ihrer Anhänger und nahm ihr damit die innere Kraft. Zwar wurde der sich anbahnende Stimmungsumschwung von der Erregung des Wahlkampfes mit seinen Massenkundgebungen zunächst teilweise

¹⁷ Bracher a. a. O., S. 662, Anm. 39.

¹⁸ A. a. O.

aufgefangen, und die Zahl der Wähler hielt sich „aus Disziplin und Tradition“¹⁹ noch über die Juliwahlen hinaus bis in den März 1933 hinein verhältnismäßig gut. Doch der jetzt in weiten Parteikreisen um sich greifende Fatalismus, der zum „Spiegelbild der Passivität der Führung“²⁰ wurde, ist der bestimmende Zug der Entwicklung.

Mehr als je zuvor war die SPD ganz auf sich allein gestellt. Aus den unübersehbaren Zersetzungserscheinungen, die im Herbst des Jahres bei den Nationalsozialisten auftraten und deren Umfang noch immer nicht genügend geklärt ist, konnte diese Partei kein Kapital schlagen, obgleich selbst die Möglichkeiten wirksamer parlamentarischer Einflußnahme bei klarer Erkenntnis der Situation noch keineswegs gänzlich erschöpft gewesen wären. Die Veranstaltungen der Eisernen Front dienten hauptsächlich der Selbstberuhigung; eine werbende Wirkung konnte von der reinen Defensivparole nicht mehr ausgehen. Die Tatsache allerdings, daß die seit Jahrzehnten einseitig überschätzte „Organisation“ nach wie vor zusammenhielt, als ob überhaupt nichts geschehen sei, ließ eine Panikstimmung weder bei der Führung noch bei der Gefolgschaft aufkommen. Manchem der Verantwortlichen wurde die Tragweite der Entscheidung vom 20. Juli gar nicht recht klar. Wie berichtet wird, haben sowohl der Gewerkschaftsvorsitzende Leipart als auch Hans Vogel, der zweite Vorsitzende der Partei, noch in der Folgezeit bei passender Gelegenheit geäußert, sie brauchten nur auf den Knopf zu drücken, um den Mechanismus des Widerstandes in Gang zu setzen. So hielten die letzten Verteidiger der geschriebenen Verfassung und des längst abgedankten parlamentarischen Systems scheinbar unberührt auf der sozialdemokratischen Traditioninsel aus. Wenn sie resigniert auf den Strom der Entwicklung sahen, der ihr Eiland umspülte und an ihnen vorüberauschte, gab der Gedanke Trost, daß auch der Nebenmann noch in Reih und Glied stand und nicht daran dachte zu desertieren.

Der selbstverständlichen Treue der Anhänger ist es zuzuschreiben, daß das Widerstandspotential der Eisernen Front trotz der durch den 20. Juli heraufbeschworenen mehr oder minder offenen Vertrauenskrise noch immer nicht erschöpft war. Besonders die Kernformationen des Reichsbanners zeichneten sich bis zuletzt durch eine verbissene Entschlossenheit zur Gegenwehr aus, obgleich auch in ihren Reihen das Gefühl Eingang gefunden hatte, auf verlorenem Posten zu kämpfen. Das Verhältnis zwischen Reichsbanner und Parteiführung war zweifellos weiter sehr gespannt; doch vermochte die Reichsbannerführung sich auch in dieser Periode nicht aus ihrer inneren Abhängigkeit vom Parteivorstand der SPD zu lösen.

Die Widerstandsvorbereitungen wurden fortgesetzt und wahrscheinlich intensiviert; doch sie blieben unzulänglich und planlos. Soviel läßt sich trotz der Kargheit der Quellen und Informationen sagen. Stampfer entsinnt sich, daß die Mitglieder des Parteivorstandes für den Fall einer Besetzung der Parteizentrale nach

¹⁹ Leber a. a. O., S. 242.

²⁰ A. a. O., S. 243.

dem 20. Juli Treffplätze miteinander verabredeten²¹. Auch erste Vorkehrungen für eine illegale Weiterführung der Parteitätigkeit, über die an anderer Stelle noch zu berichten sein wird, wurden im Sommer 1932 getroffen. Um die Jahreswende organisierten jüngere Angestellte des Parteivorstandes zwei getarnte Ausweiskbüros in Berlin²². Der Reichsbannerführer Höltermann bemühte sich, offenbar ohne nennenswerten Erfolg, Waffen zu beschaffen. Wo Reichsbannerformationen draußen im Land sich auf eigene Faust Waffenvorräte anlegen wollten, trafen sie teilweise bei den lokalen Parteiführungen auf energischen Widerstand, und den Initiatoren dieses ungesetzlichen Treibens wurde der Parteiausschluß angedroht. Daß von der Gewerkschaftsführung in der Periode zwischen dem 20. Juli und der nationalsozialistischen Machtübernahme Anweisungen für den Fall eines Generalstreiks ausgearbeitet worden sind, erscheint sicher, wenn auch über Art und Umfang der Vorbereitungen keine zuverlässigen Nachrichten vorliegen.

Diese wenigen Steine fügen sich nicht zum Mosaik. Wichtiger als die weithin noch unbekanntenen Details der zersplitterten und unsystematischen technischen Vorbereitungen des Widerstandes ist jedoch das Verständnis der psychischen Ausgangssituation, die am 30. Januar das noch vorhandene Reservoir des Widerstandswillens entzündete und hoch aufflammern ließ. Die treu gebliebenen aktivistischen Kreise der Eisernen Front hatten die zum Teil auf ehrlicher Selbsttäuschung beruhenden rhetorischen Machtdemonstrationen der Spitzenfunktionäre, die in Verfolgung ihres streng legalen und abwartenden Kurses immer wieder die ultima ratio des Generalstreiks und des organisierten Widerstandes beschworen hatten, für bare Münze genommen. Der institutionalistische Glaube der Führer, daß die „zuchtlosen Haufen“ der Nazis niemals die „festgegründete Organisation der historischen deutschen Arbeiterpartei“ würden überwältigen können²³, wirkte auf sie nicht als Rechtfertigung für die Untätigkeit, sondern als Aufruf zur Aktivität. Scharfsinnige Prognosen, die einen glücklichen Ausgang der tödlichen Krise bei fortgesetztem Gewehr-bei-Fuß-Stehen der Arbeiterorganisationen verhiessen, und wohlabgewogene Berechnungen des Risikos außerparlamentarischer Aktionen sagten ihnen wenig zu. Am 20. Juli hatten sie sich grollend dem Gebot der Disziplin gefügt; nun waren sie vollgesogen mit aufgestaunter Erbitterung. Viel zu lange war für ihr Gefühl schon nutzlos diskutiert und protestiert worden, als Hitlers Berufung zum Reichskanzler sie bis zur Weißglut provozierte. Der beherrschende Impuls, der das Bangen um den Erfolg ganz in den Hintergrund drängte, hieß: endlich etwas tun.

Dieser Impuls äußerte sich so mächtig, daß Partei- und Gewerkschaftsführung ihn nicht unberücksichtigt lassen konnten. Am 30. und 31. Januar waren Funktionäre aus dem ganzen Lande in Berlin. Das Bild, das die offiziellen Verlautbarungen vom Verlauf der Bundesausschußsitzung des ADGB und der gemein-

²¹ Mündliche Auskunft.

²² Mündliche Auskunft Fritz Heines.

²³ Stampfer bei der Trauerfeier für Bernstein im Dez. 1932; nach: Gustav Mayer, „Erinnerungen“, Zürich 1949, deutsche Lizenzausgabe München o. J., S. 362.

samen Sitzung des Parteiausschusses, des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD mit Vertretern der Organisationen der Eisernen Front am 31. Januar geben, ist bruchstückhaft. Es muß jedoch als erwiesen gelten, daß viele der regionalen Führer in ihre Bezirke mit dem unzweideutigen Eindruck zurückfuhren, daß die Spitzenfunktionäre fest entschlossen seien, das Signal zu einer zentralen Aktion zu geben und nur den geeigneten Zeitpunkt abwarten wollten²⁴.

Um für diesen Augenblick gerüstet zu sein, wurden fieberhafte Vorbereitungen getroffen. Trotz der Kontrollen auf den Straßen wurden den ganzen Februar hindurch und selbst noch in den ersten Märztagen Waffen aus Suhl und Zella-Mehlis herangeschafft. Diese Waffentransporte reichten gewiß nicht zur Ausrüstung einer schlagkräftigen Bürgerkriegsarmee aus und waren weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch sie beweisen, daß der Widerstandswille keine Farce war. Es gab Männer, die nächtelang nicht aus den Kleidern kamen, weil sie glaubten, daß der Augenblick der Erhebung unmittelbar bevorstehe. Immer wieder saßen die Kader der Widerstandswilligen zusammen und zermarteten sich den Kopf, warum die Führung noch zögere. Auch die Berichte über die Kundgebungen im Februar zeugen von dieser letzten Aufpeitschung des Widerstandswillens. Noch immer schöpften viele Kraft aus dem Glauben an die Macht der Arbeiterorganisationen, die sich in den auf den Ruf der Führung zusammenströmenden Massen zu manifestieren schien.

Nun blieb es nicht ohne Einfluß auf die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Partei, daß die Nationalsozialisten vor allem in Preußen, wo Göring das Innenministerium verwaltete, die Machtmittel des Staates in zunehmendem Maße in den Dienst ihres Terrors und ihrer Propaganda stellten. Zu den bereits in den ersten Februartagen einsetzenden Zeitungsverboten trat in der zweiten Hälfte des Monats eine immer stärkere Behinderung der Versammlungstätigkeit. Ratlosigkeit und Enttäuschung griffen in der Eisernen Front um sich und begannen den Widerstandswillen zu lähmen; und „bei einem immer größer werdenden Teil der Parteispitze und der Parlamentarier trat . . . in dem Maße, in dem der Terror der Nationalsozialisten unter dem Schutz und der Leitung der Regierung zunahm, in den Mittelpunkt des Denkens die Sorge um die ‚Gesundheit der Anhänger‘“. ²⁵ Hans Vogel allerdings soll noch wenige Tage vor dem Reichstagsbrand an dem Gedanken eines offenen Aufstandes der sozialdemokratischen Massen festgehalten haben²⁶; und der Reichsbannerführer Höltermann riet noch am 27. Februar bei einer Konferenz der Eisernen Front in München zur Waffenbeschaffung²⁷.

Wenige Stunden später brannte der Reichstag, und die psychologischen Voraussetzungen für eine Massenaktion waren endgültig vernichtet. Die Verordnung des

²⁴ Dok. 5, S. 203.

²⁵ „Die deutsche Sozialdemokratie im Jahr der faschistischen Machtergreifung“ (s. Anmerkung 1 zu Dok. 5, S. 196), S. 5. Die Äußerung wird dem Großberliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler in den Mund gelegt.

²⁶ Wenzel Jaksch, „Hans Vogel“, Offenbach 1946, S. 23.

²⁷ Wilhelm Keil, „Erlebnisse eines Sozialdemokraten“, Bd. II, Stuttgart 1948, S. 490 f.

Reichspräsidenten „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar setzte wichtige Grundrechte außer Kraft; und der nationalsozialistische Terror konnte sich in den letzten Tagen des Wahlkampfes hemmungslos entfalten. Zwar blieb die Bewegungsfreiheit der Partei für eine kurze Übergangsperiode in den süddeutschen Ländern noch relativ groß. Doch die schon Ende Februar nur noch unsicher flackernde Flamme des Willens zum offenen Widerstand sank in sich zusammen, um mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern am 9. März, die die „Gleichschaltung“ des Südens besiegelte, zu verlöschen.

II. Das Verhältnis zur KPD

In fast allen Darstellungen und Memoirenbänden sozialdemokratischer Autoren wird die Schuld am Untergang der deutschen Arbeiterbewegung einseitig der KPD zugeschrieben, die in der Tat noch über die nationalsozialistische Macht ergreifung hinaus an der These festgehalten hat, daß die „sozialfaschistische“ Sozialdemokratie der Hauptfeind sei. Die gefühlsbetonte sozialdemokratische Kritik übersieht allerdings, daß die Passivität der sozialdemokratischen Parteiführung wesentlich dazu beigetragen hat, die verzweifelten Arbeitslosen der KPD in die Arme zu treiben, die in der Zeit von 1928 bis 1932 ihre Wählerzahl fast verdoppeln konnte. Im Gegensatz zu den rein deklamatorischen kommunistischen „Einheitsfront“-Angeboten, die auf die Zersetzung der SPD hinzielten, sind jedoch von sozialdemokratischer Seite aus ab Ende 1931 ernsthafte Versuche gemacht worden, ein besseres Verhältnis zur KPD herzustellen. Diese Bestrebungen, die im Parteivorstand der SPD hauptsächlich von Rudolf Breitscheid und Friedrich Stampfer vertreten wurden, hat Stampfer Ende 1933 im „Neuen Vorwärts“ zusammenhängend beschrieben; und auch in seiner Darstellung der Weimarer Zeit werden sie angedeutet.

Ausgangspunkt dieser Politik war eine Rede Breitscheids im November 1931, der Stampfers „Vorwärts“ eifrig sekundierte. Keineswegs dazu geneigt, den Kommunisten zuliebe ihr demokratisches Glaubensbekenntnis preiszugeben, hielten Stampfer und Breitscheid eine völlige Einigung zwischen den beiden Parteien von vornherein für ausgeschlossen. Da jedoch die Überwindung der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung in ihren Augen das einzige Mittel war, den Sieg der Nationalsozialisten zu verhindern, verfolgten sie das begrenzte Ziel eines Defensivbündnisses auf der Grundlage „einer Kooperation Gleichberechtigter zur Verteidigung der Arbeiterrechte“²⁸, das die „selbstmörderische Taktik des gegenseitigen Sichbekämpfens“²⁹ ablösen sollte. Im Interesse dieses Ziels enthielt sich der „Vorwärts“ aller Angriffe auf Sowjetrußland und dämpfte seine antikommunistische Polemik. „Er unterließ es aber auch nicht, den Opfermut und den Idealismus der kommunistischen Arbeiter zu rühmen und bei jeder Gelegenheit auf die Not-

²⁸ Stampfer, „Die 14 Jahre“, S. 608.

²⁹ Stampfer im „Neuen Vorwärts“, Karlsbad, 5. 11. 1933.

wendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind hinzuweisen.“³⁰ Den Höhepunkt dieser publizistischen Kampagne bezeichnet ein eindrucksvoller Bericht Stampfers über eine kommunistische Demonstration auf dem Bülowplatz im „Vorwärts“ vom 26. Januar 1933. Wenige Tage später gab Breitscheid in der Sitzung des Parteiausschusses vom 31. Januar dem Wunsche Ausdruck, daß die mit Hitlers Berufung zum Reichskanzler einsetzende „neue Phase des Kampfes gegen den Faschismus . . . zugleich auch eine neue Phase in dem Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten sein“ könnte. Das sei allerdings nur dann möglich, wenn die Kommunisten ihre Haltung gegenüber der Demokratie und dem Parlament änderten³¹.

Die rhetorischen und publizistischen Bemühungen Breitscheids und Stampfers dienten der Vorbereitung und Unterstützung einer anderen, viel ernster zu bewertenden Initiative, die meiner Kenntnis nach der einzige realistische Ansatz zu einem sozialdemokratisch-kommunistischen Ausgleich gewesen ist. Zutiefst davon überzeugt, daß direkte Verhandlungen mit der von der Moskauer Zentrale abhängigen kommunistischen Parteiführung sinnlos seien, nahm Stampfer im Herbst 1932 – ohne Auftrag, doch mit Kenntnis des sozialdemokratischen Parteivorstandes – die Verbindung zur sowjetischen Botschaft in Berlin auf. Nach einleitenden Verhandlungen mit Botschafter Leo Chintschuk traf er während der folgenden Monate mehrmals mit dem 1. Botschaftssekretär, Vinogradov, zusammen³². Wie es Stampfer schien, wurden seine Argumente nicht nur mit Höflichkeit, sondern auch mit Interesse aufgenommen, bis ihm Vinogradov bei der letzten Unterredung, einige Tage vor dem Reichstagsbrand, unzweideutig zu verstehen gab, daß Moskau mit dem deutschen Faschismus als einem unvermeidlichen Entwicklungs- und Übergangsstadium rechne. Auf unaufgeklärtem Wege erfuhren die Führer der KPD von dem Abbruch der Verhandlungen; und zu Stampfers Überraschung ließ ihm Dr. Neubauer am Vormittag des 27. Februar mitteilen, daß er und seine Freunde den Wunsch hätten, von sich aus mit ihm ins Gespräch zu kommen. Ein daraufhin für Dienstag, den 28. Februar, vereinbartes Zusammentreffen im Reichstagsgebäude, an dem neben Neubauer auch Torgler teilnehmen sollte, wurde durch den Reichstagsbrand verhindert, der auch die Hoffnung zunichte machte, daß die beiden großen deutschen Arbeiterparteien noch in letzter Minute zu einer begrenzten taktischen Verständigung kämen³³. Die Aussichten einer solchen Verständigung waren bei dem Mißtrauen der Sozialdemokraten einerseits, bei der Unselbständigkeit der kommunistischen Führung andererseits von vornherein schlecht. Es ist daher auch unwahrscheinlich, daß die zwischen Stampfer und der Sowjetbotschaft schwebenden Verhandlungen irgendwelchen Einfluß auf die ab-

³⁰ A. a. O.

³¹ Breitscheid, „Bereit sein ist alles!“, Rede im Parteiausschuß der SPD am 31. 1. 1933, Berlin o. J.; in dieser als Flugschrift verbreiteten Fassung sind manche Partien gegenüber den in der Presse zitierten Teilen abgemildert.

³² Mündliche Auskunft Stampfers.

³³ Nach „Neuer Vorwärts“ a. a. O

wartende Haltung der sozialdemokratischen Führung im Februar gehabt haben, obwohl bei den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern die Bereitschaft zum Zusammengehen wuchs. Bemerkenswerterweise veröffentlichte selbst „Die Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes der Freien Gewerkschaften, Mitte Februar einen redaktionellen Artikel unter dem Titel: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Kommunistische Partei müssen sich zusammenfinden.“³⁴

III. Die Stillhaltetaktik

Die sozialdemokratischen Führer standen am 30. Januar 1933 vor einer viel schwereren Entscheidung als am 20. Juli des Vorjahres. Sie konnten kaum hoffen, daß sich durch eine offene Auflehnung der isolierten partei- und gewerkschaftstreuen Arbeitermassen die nationalsozialistische Regierungsübernahme rückgängig machen lassen würde; und wenn sie davor zurückscheuten, ihre Anhänger in einen aussichtslosen Kampf zu treiben, wird man ihren humanitären Motiven die Achtung nicht versagen dürfen.

Gleichwohl scheint die Auffassung vertretbar, daß „die besonders demoralisierenden Folgen eines kampflosen Zusammenbruchs“³⁵ vielleicht noch abzuwenden gewesen wären. Doch dieser Gesichtspunkt hat in den damaligen Überlegungen keine Rolle gespielt. Und genau so wenig wurde die Frage gestellt, ob eine spontan ausgelöste Aktion nur der Linken unmittelbar nach dem 30. Januar, die im Reichswehrkonzept nicht vorgesehen war, jedoch unter Umständen den militärischen Ausnahmezustand provoziert und damit die Verfügungsberechtigung über die preußische Polizei zunächst aus den Händen Görings genommen hätte, den nationalsozialistischen Plänen gerade förderlich gewesen wäre. Hitler stand ganz am Anfang; zwar hatte seine Berufung als provozierender Schock gewirkt, allein er war nicht durch einen Staatsstreich zur Regierung gekommen, sondern als „legaler“ Kanzler auf dem durchlöcherten Boden der Verfassung; und für die entscheidenden Schritte zur Alleinherrschaft schuf erst der Reichstagsbrand die Voraussetzungen. Die sozialdemokratische Führung machte sich wohl mit dem Gedanken an eine längere Reaktionsperiode vertraut, war aber nur allzu geneigt, diese bevorstehende Zeit als eine „Episode“ in der Geschichte der deutschen Demokratie zu bagatellisieren; für die Partei aber erwartete sie schlimmstenfalls „eine Wiederholung des Sozialistengesetzes“.

Dabei besteht kein Anlaß, an der subjektiven Ehrlichkeit des Widerstandswillens, den manche der Spitzenfunktionäre noch bis in die letzten Februartage hinein bekundeten, zu zweifeln. Die Männer der Parteiführung befanden sich in einem echten Gewissenskonflikt; und erst der Reichstagsbrand nahm ihnen eine Entscheidung aus der Hand, der sie seelisch nicht gewachsen waren. Wenn sie die

³⁴ Furtwängler a. a. O., S. 577 f.

³⁵ Leber a. a. O., S. 276 (Epilog von seinen Freunden).

Widerstandsfrage wochenlang in der Schwebe ließen, gaben sie sich allerdings, was ihre eigene Initiative anlangt, einer Selbsttäuschung hin. Die rückblickende Analyse findet den Weg, den die sozialdemokratische Parteiführung beschritten hat, schon in ihren offiziellen Verlautbarungen vom 30. und 31. Januar vorgezeichnet.

„Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front mit beiden Füßen auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit. Sie wird den ersten Schritt von diesem Boden nicht tun ...“, betonte der Leitartikel in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 30. Januar; und schon am gleichen Tage beschloß die Reichstagsfraktion „selbstverständlich“³⁶ die Einbringung eines formellen Mißtrauensantrages gegen die Regierung Hitler. Auch Breitscheids Referat vor dem Parteiausschuß vom 31. Januar hält sich in den Bahnen des gewohnten parlamentarischen Denkens und verkündet einerseits die Verschiebung des organisierten aktiven Widerstandes auf den – durch das Notverordnungsunwesen und den vorausgegangen stillen Verfassungswandel – schwer eindeutig bestimmbar Moment eines klaren Verfassungsbruchs, andererseits meldet es gleichzeitig den Zweifel an, ob solch eine Verschiebung überhaupt einen praktischen Sinn habe.³⁷ Doch die Proklamation des Widerstandswillens, den viele der erregten Zuhörer aus Breitscheids Rede heraushören, weil sie für den Zweifel in diesem Augenblick der spontanen Empörung nicht empfänglich sind, wird noch weiter entwertet: „Wir sind nunmehr in eine Phase des Klassenkampfes von oben in seiner reinsten Form eingetreten“, stellt Breitscheid fest, und fährt mit apodiktischer Zuversicht fort: „Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, und sie wird nicht stechen, dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. Nur sie kann dann das Volk retten. Für diese Entscheidungsstunde gilt es alle Kräfte zu sammeln, um sie geschlossen einzusetzen.“³⁸

Breitscheid setzt nicht auf den spontanen Willen zur Aktion, der ihm entgegenschlägt, sondern auf die ökonomisch determinierte „Entwicklung“, die alles wieder ins rechte Lot bringen werde. Der Jubel der Hitleranhänger, so meint er, könne bald genug in Katzenjammer umschlagen, wenn die nationalsozialistischen Anhänger sähen, daß Hitlers „Sieg“ mit völliger Abhängigkeit von Großkapital und Junkern erkaufte worden sei³⁹. Die Aufgabe der Arbeiterorganisationen aber reduziert sich im Grunde darauf, präsent zu bleiben und die Nerven nicht zu verlieren. Jeder Eingriff in die Entwicklung wäre eine Unklugheit.

In der Bundesausschußsitzung des ADGB vom gleichen Tage spricht Leipart sich in ganz ähnlicher Weise aus: „Die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine Periode sozialen Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende

³⁶ Breitscheid a. a. O.; „Vorwärts“, 31. 1. 1933, Morgenausgabe.

³⁷ Breitscheid a. a. O.

³⁸ Zitiert nach „Internationale Information“, 1933/I, S. 53.

³⁹ A. a. O.

Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen, die heute wirtschaftliche Not unseren Organisationen entfremdet hat.“⁴⁰

Breitscheids Referat wurde unter dem bezeichnenden Titel: „Bereit sein ist alles!“ veröffentlicht. Auf den gleichen Tenor waren auch die offiziellen Aufrufe abgestimmt. Leipart prägte die Formel: „Organisation – nicht Demonstration ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt . . .“⁴¹ Das war nicht nur gut gewerkschaftlich, das war auch gut sozialdemokratisch gesprochen.

So verbarg sich hinter der scheinbaren Entschlossenheit von Anfang an die Theorie der Untätigkeit, die es der unelastischen, ratlosen, skrupelhaften sozialdemokratischen Parteiführung erlaubte, der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht anders als einer Dutzendkrise zu begegnen. Obgleich es von Tag zu Tag offensichtlicher wurde, daß sich die Nationalsozialisten hinter den Kulissen des Koalitionskabinetts der „Harzburger Front“, in dem sie bei oberflächlicher Betrachtung als der schwächere Partner erschienen, zielstrebig auf die völlige Machtergreifung vorbereiteten, zeigt sich in der Strategie der Sozialdemokratie kein neuer Zug. Trotz des wachsenden Terrors vollzog sich „ihr Widerstand . . . nach den Traditionen einer völlig legalen demokratischen Partei in Propaganda und Wahlarbeit“; und „nach ihrer Tradition legte sie das Schwergewicht auf die Darlegung der potentiellen Energie einer Millionenpartei“.⁴² Hier lag die Grenze, die sich als unüberschreitbar erwies.

Darüberkönnen auch die starken Worte, die in den ersten Wochen des Wahlkampfes gesprochen wurden, als noch eine relativ unbehinderte Versammlungstätigkeit möglich war, nicht hinwegtäuschen. Es ist allerdings nicht immer leicht, die kraftvoll klingenden rhetorischen Ablenkungsmanöver, die die eigene Ohnmacht kaschierten und als Blitzableiter für die Erregung der Massen dienten, von den Äußerungen echter Widerstandsbereitschaft zu unterscheiden. Charakteristisch erscheint, daß der Wahlaufuf der SPD vom 2. Februar „die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter“, „die Enteignung der Schwerindustrie“ und „den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft“ forderte⁴³. Dieser Wahlaufuf wurde nicht zu Unrecht in der Partei als „Rückkehr zum Erfurter Programm“ empfunden⁴⁴. Die politische Sterilität verführte zur Flucht in die Tradition. Der „offizielle Radikalismus“ der Vorkriegssozialdemokratie, der dieser in Wirklichkeit quietistischen Partei, der es sowohl an Machtwillen als auch an klaren Zielvorstellungen fehlte, ein grimmiges Aussehen verliehen hatte, feierte fröhliche Urständ.

⁴⁰ „Gewerkschaftszeitung“, 4. 2. 1933.

⁴¹ A. a. O.

⁴² Max Klinger (Pseud. f. Curt Geyer), „Volk in Ketten“, Karlsbad 1934, S. 18 f.

⁴³ „Vorwärts“, 2. 2. 1933, Abendausgabe.

⁴⁴ „Die deutsche Sozialdemokratie im Jahr der faschistischen Machtergreifung“, S. 3.

Was die SPD-Führung bestenfalls von den Wahlen zu erwarten hatte, war eine „antifaschistische Mehrheit“ und es bedurfte keiner prophetischen Gaben, vorauszusagen, daß diese heterogene Mehrheit zu „einheitlichen Operationen in positiver Richtung kaum fähig sein“ würde⁴⁵. So galt der erste Gedanke der verwirrten und schwer an ihrer Verantwortung tragenden Führer der Hoffnung auf fremde Hilfe. Auch hier wurde im Grunde nur die passive Politik der Krisenjahre mechanisch fortgeführt. Begierig gab sich die Parteileitung der Welle von Illusionen hin, die nach dem 30. Januar das ganze Land überschwemmte. Man hoffte auf die Spannungen innerhalb des Kabinetts, auf die Unüberwindlichkeit der ökonomischen Schwierigkeiten und Interessengegensätze zwischen den ungleichen Partnern, auf die Rivalität von SA und Stahlhelm, auf die Selbstersetzung und den Auseinanderfall der NSDAP, auf die Reichswehr, Herrn von Papen, den Reichspräsidenten und die süddeutschen Länder. Obgleich aus dem Gebäude dieser illusionären Hoffnungen ein Stein nach dem anderen herausbrach, hielten sie sich zäh. Sie überlebten den Reichstagsbrand und das Ermächtigungsgesetz, spielten in der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion am 10. Juni 1933⁴⁶ eine wesentliche Rolle, übten nach dem offiziellen Verbot der Partei bestimmenden Einfluß auf die Lagebeurteilung des Prager Emigrationsvorstandes aus und gaben denjenigen der Illegalen Mut, die mit einem schnellen Zusammenbruch des Hitler-Regimes rechneten⁴⁷. Die Begleitmusik dieser Politik der Schiffbrüchigen, die sich krampfhaft an die letzte Planke zu klammern versuchten, bildeten Äußerungen des gleichen fatalistischen Entwicklungsglaubens, den wir bereits bei Breitscheid und Leipart kennengelernt haben, und der Otto Wels noch auf der Pariser Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1933 zu dem tröstlichen Ausruf verführte, Deutschland werde wahrscheinlich trotz allem das Land sein, „das als erstes in Europa die sozialistische Revolution erleben wird“.⁴⁸

Trotz der tiefen Zäsur des Reichstagsbrandes, der die Voraussetzung dafür schuf, die KPD sofort in die Illegalität zu drängen und der SPD jegliche Bewegungsfreiheit zu nehmen, änderte sich also an der Grundhaltung der sozialdemokratischen Führung in den kommenden Monaten nichts, nur daß die im Februar noch durch den Wahlkampf teilweise verschleierte Stillhaltetaktik im März und April offen zutage tritt. Immerhin konnte die Parteileitung Genugtuung darüber empfinden, daß trotz des Terrors, der Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse und der Flut von Verleumdungen die Anhängerschaft bei den Wahlen vom 5. März nahezu geschlossen ihre Treue bewiesen hatte. Der Aufruf an die Partei vom 6. März proklamierte als Ziel „die Wiedereroberung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft“ und appellierte gleichzeitig an das Wahlprüfungsgericht, das zu entscheiden haben werde, ob die Bedingungen der Wahlfreiheit erfüllt gewesen seien. Die Beschwörung von Recht und Verfassung bestimmt überhaupt nach wie

⁴⁵ „Vorwärts“, 25. 2. 1933, Morgenausgabe.

⁴⁶ Dok. 1, S. 181 ff.

⁴⁷ Dok. 3, S. 199; Dok. 5, S. 208; s. auch unten Abschnitt VI.

⁴⁸ Matthias, „Sozialdemokratie und Nation“, Stuttgart 1952, S. 72 ff. und 191.

vor den Tenor der sozialdemokratischen Äußerungen. „Die Herren haben jetzt im Reich und in Preußen die Mehrheit“, heißt es in einem Kommentar zum Wahlergebnis, „sie sind vom Reichspräsidenten ernannt und vom Volke bestätigt. Sie brauchen nur eine legale Regierung zu sein, dann sind wir ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition.“⁴⁹ Der gleiche Gedankengang kehrt auch in Wels' mutiger Reichstagsrede vom 23. März wieder.

Es wird immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bleiben, daß sie an diesem Tage als einzige Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz zu stimmen wagte und sich uneingeschränkt zu den Grundsätzen der versunkenen, parlamentarischen Demokratie und der Verfassung von Weimar bekannte. „Auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde von der bürgerlichen Mitte her der stärkste Druck ausgeübt, damit sie entweder an der Sitzung überhaupt nicht teilnehme oder sich bei der Abstimmung der Stimme enthalte. Geflüssentlich wurde das Gerücht verbreitet, daß die Sozialdemokraten, falls sie mit Nein zu stimmen wagten, allesamt verhaftet werden sollten und danach werde das Revolutionstribunal zu arbeiten beginnen.“ Als die Sozialdemokratie auf ihrer Auffassung bestand, wurde Otto Wels „von bürgerlichen Ratgebern bestürmt . . ., er möge die Abgabe der sozialdemokratischen Erklärung einem jüngeren, weniger bekannten Genossen überlassen, denn er bringe sich als offizieller Sprecher der Fraktion in allergrößte Gefahr“.⁵⁰ Noch in letzter Minute soll ein Zentrumsführer Wels geradezu angefleht haben, von der Abgabe einer Erklärung gegen das Ermächtigungsgesetz ganz Abstand zu nehmen. Der Terror reichte bis in den Reichstag hinein. Die 120 Mitglieder zählende sozialdemokratische Fraktion war bereits durch die Flucht besonders Gefährdeter und durch Verhaftungen geschwächt. Noch auf dem Wege zum Sitzungsgebäude wurden zwei Fraktionsmitglieder festgenommen. Zwar besaß das Votum der 94 anwesenden Sozialdemokraten politisch nur die Bedeutung einer würdigen Demonstration. Es zeigt jedoch, daß es Otto Wels und den Männern, die mit ihm für die passive Defensivpolitik der Sozialdemokratie verantwortlich waren, nicht an persönlichem Mut gebrach, für ihre Überzeugungen einzustehen, obwohl sie in ihrer Entscheidungsfreiheit weit mehr beschränkt waren als die heimlichen Gegner des Ermächtigungsgesetzes in den anderen Parteien⁵¹.

War die Einschätzung der Lage durch die sozialdemokratischen Führer richtig, die darauf spekulierten, daß der gesetzwidrige Zustand nur vorübergehend sei und wenigstens die rechtsstaatlichen Garantien in Kürze durch das Eingreifen der Reichswehr im Bündnis mit den Deutschnationalen wiederhergestellt würden, so kam es tatsächlich im März und April „vor allem darauf an, die Partei zu erhalten wie sie war, und zu verhindern, daß sie in die Illegalität gedrängt werde“.⁵²

⁴⁹ „Internationale Information“, 1933/I, S. 112 ff.

⁵⁰ Stampfer (anonym) in „Internationale Information“, 1933/I, S. 143 f.

⁵¹ Siehe dazu die in diesem Heft der „Vierteljahrshefte“ erscheinende Dokumentation über die Haltung der Zentrumsfraktion.

⁵² „Die deutsche Sozialdemokratie . . .“, S. 7.

Um der Regierung jeden Vorwand zum Einschreiten zu nehmen, versuchte daher die Führung, ihren Kurs, soweit es ihr irgend „mit der persönlichen Würde und den alten Grundsätzen der Partei vereinbar“ schien⁵³, an die veränderten Machtverhältnisse anzupassen.

Auf diese Weise hoffte man, auch ein Wiedererscheinen der sozialdemokratischen Presse erreichen zu können. Löbe verhandelte mit Göring über die Freigabe des „Vorwärts“; und da dieser die deutsche Sozialdemokratie für die Deutschlandberichte der ausländischen sozialistischen Zeitungen verantwortlich machte und erklärte, daß eine Aufhebung der Verbote nicht in Frage komme, solange die Presse der sozialistischen Internationale gegen das neue Deutschland hetze, reiste, von Göring ermuntert, Ende März eine Reihe führender Sozialdemokraten, darunter Stampfer und Hertz, ins Ausland, um auf die Bruderparteien einzuwirken. Nun waren tatsächlich im Auslande „geradezu blödsinnige Sensationsberichte“⁵⁴ erschienen, die auf Gerüchten und Übertreibungen beruhten. Stampfer und Hertz berichteten übereinstimmend⁵⁵, daß es ihnen bei ihren Reisen darum ging, ihre Freunde wahrheitsgetreu über das, was sich wirklich in Deutschland abgespielt hatte, zu informieren, daß sie jedoch keineswegs beabsichtigten, sie von der Verbreitung der ungeschminkten Wahrheit und der energischen publizistischen Bekämpfung des Hitler-Regimes abzuhalten.

Otto Wels hatte bereits am 20. März bei Friedrich Adler, dem Sekretär der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“, telephonisch gegen einige Falschmeldungen protestiert, die neben zuverlässigen Informationen von der Internationale verbreitet worden waren. Als es ihm nicht gelang, die Veröffentlichung der von der Exekutive der Internationale ohne Beteiligung deutscher Vertreter gefaßten Beschlüsse zu verhindern, erklärte er am 30. April telegraphisch seinen Austritt aus dem Bureau der SAI. Dabei erschien ihm die Einheitsfrontresolution der SAI besonders gefährlich.⁵⁶

Nicht minder bedrohlich als eine Mißdeutung ihrer internationalen Bindungen von seiten der Machthaber erschien der Parteiführung der Verdacht illegaler verschwörerischer Aktivität. So ging sie Anfang April gemeinsam mit dem Vorstand der Berliner Parteiorganisation energisch gegen die Berliner SAJ (Sozialistische Arbeiter-Jugend)-Führung vor, die sich bereits auf die illegale Arbeit umgestellt hatte⁵⁷. Derartige Maßnahmen, die, wie Otto Wels wenige Wochen später zugestand, „nicht nur das Befremden der Genossen im Ausland hervorrufen mußten, sondern auch den Arbeitermassen in Deutschland, zu denen wir nicht mehr durch unsere Presse sprechen konnten, unverständlich bleiben mußten“⁵⁸, förderten wohl

⁵³ Keil a. a. O., S. 615.

⁵⁴ Schriftliche Bemerkung Stampfers zu dem oben zitierten Aufsatz Edingers.

⁵⁵ Mündliche Auskunft.

⁵⁶ „Internationale Information“, 1933/I, S. 148 ff., 152 ff. Wels zog seinen Austritt, der für die Parteiorganisation als solche ohnehin nicht verbindlich war, in einem Brief an das Bureau der SAI vom 17. 5. 1933 zurück; s. „Internationale Information“, 1933/I, S. 281 f.

⁵⁷ Dok. 3, S. 196 ff.; s. auch unten Abschnitt VI.

⁵⁸ Brief an Friedrich Adler vom 17. 5. 1933, a. a. O.

oder übel die fortschreitende Demoralisierung der in einem Zustand der Halblegalität dahinvegetierenden Partei. Sie wirkten in der gleichen Richtung wie die Enttäuschung über den ausgebliebenen Widerstand, die angesichts der bekanntgewordenen Morde und Mißhandlungen immer stärker werdende persönliche Furcht, die „Flucht“ Otto Brauns, die „den wirksamsten Schlagler der nationalsozialistischen Wahlpropaganda“ bildete⁵⁹, und die Haltung der Gewerkschaften, die sich im März von der Partei zu distanzieren begannen.

Der organisatorische und moralische Zersetzungsprozeß in der SPD hatte sich seit Anfang März trotz der Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen unaufhaltsam fortgesetzt. In Berlin z. B. begann das Parteileben infolge „des Terrors und der Enttäuschung“ schon im Verlauf des Februars abzusterben, und im März riß „sogar die Verbindung zwischen der Zentrale der Berliner Partei und den Funktionären der Ortsgruppen“.⁶⁰ Die Zwischenperiode der Halblegalität, die in Preußen eigentlich schon Anfang Februar mit den terrorbegünstigenden Maßnahmen des Systems Göring beginnt, im März und April die Situation der Funktionäre und der Mitgliedschaft allgemein bestimmt und im Mai und Juni ausläuft, bedürfte einer eingehenden Untersuchung. Auf der einen Seite herrschte in den Hinterzimmern der Lokale, in denen die sozialdemokratischen Funktionäre zusammenhockten, eine konspirative Atmosphäre, auf der anderen Seite versuchte man nicht nur im Parteivorstand demonstrativ zu beweisen, daß die Partei an verschwörerische Tätigkeit nicht denke. Während die Nationalsozialisten die Spitze der Parteipyramide relativ ungeschoren ließen, unterminierten sie mit verdoppelter Kraft durch Terror, verleumderische Hetze und Drohung mit dem Verlust des Amtes oder des Arbeitsplatzes die Basis der Partei.

Bedingt durch regionale und lokale Unterschiede im Ausmaß des Terrors und in der inneren Festigkeit der sozialdemokratischen Organisationen, vollzog sich die Zersetzung der Partei, wie die Debatte über den Stand der Organisation auf der Reichskonferenz Ende April⁶¹ zeigte, sehr ungleichmäßig. Das änderte jedoch nichts an der eindeutigen Gesamtsituation, die der Parteiführung den Gedanken aufzwang, daß die Organisation, wenn nicht ein Wunder geschah, in ganz kurzer Frist durch „Kräfte von außen zerschlagen sein“ würde. Trotzdem beschloß die Konferenz, an dem bisher verfolgten Kurs festzuhalten und die „gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten“ auch weiterhin auszunutzen. Diesem Ergebnis entsprach es, daß bei der Neuwahl des Vorstandes im wesentlichen die im Lande verbliebenen alten Führer in ihren Ämtern bestätigt wurden, darunter Otto Wels als erster und Hans Vogel als zweiter Vorsitzender. Um jedoch in der schwersten Krise, von der die Partei bisher betroffen worden war, alle Richtungen an der

⁵⁹ Keil a. a. O., S. 492.

⁶⁰ „Die deutsche Sozialdemokratie . . .“, S. 6.

⁶¹ „Internationale Information“, 1933/I, S. 195 ff. Die Reichskonferenz tagte am 26. (nicht, wie vielfach irrtümlich angegeben, am 27.) April in den Räumen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstagsgebäude.

Führung zu beteiligen, wurden Vertreter der Parteilinken und der jüngeren Generation hinzugewählt.

Wenn auch die in den ersten Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme von der Sozialdemokratie verfolgte Politik auf illusionären Voraussetzungen beruhte und sogar dann noch fortgesetzt wurde, als die legale Organisation, um deren Erhaltung es ging, schon fast zur Fiktion geworden war, so bezeugt doch die Haltung der leitenden Funktionäre im allgemeinen ein hohes Maß an Lauterkeit und Gesinnungstreue. Auch das zeigte der Verlauf der Reichskonferenz, auf der sich trotz aller sonstigen Differenzen Ältere und Jüngere in der Auffassung einig fanden, den „ideologischen Widerstand . . . auch unter den allerschwierigsten Umständen“ aufrechtzuerhalten. Der Weg einer Anpassungstaktik in der Art, wie ihn die Gewerkschaften beschritten hatten, wurde eindeutig verworfen.

IV. Der Abfall der Gewerkschaften

Die SPD hatte ihre eindeutige Führerstellung gegenüber den Freien Gewerkschaften schon in der Zeit vor dem ersten Weltkriege verloren, doch war es immer wieder möglich gewesen, bestehende Meinungsverschiedenheiten in dem Rahmen einer gemeinsamen Politik zu integrieren. Das hatte sich selbst in den Jahren der Wirtschaftskrise nicht geändert. Nun konnten weder Partei- noch Gewerkschaftsführung ihre Beschlüsse im luftleeren Raum fassen. Trotz ihrer verschiedenartigen Funktionen waren beide auf das Vertrauen der sozialdemokratisch gesinnten Betriebsarbeiter angewiesen, die den Kern ihrer Organisationen bildeten. Die gemeinsame soziologische Basis machte es unmöglich, beide Organisationen, solange sie einigermaßen intakt waren, gegeneinander auszuspielen. Sie vermochten nur in einer Richtung zu wirken, oder aber sie lähmten sich gegenseitig, wenn ihre Differenzen keine gemeinsame Aktivität zuließen.

Die Führung der offiziell überparteilichen Freien Gewerkschaften mag in der Periode der Regierung Schleicher das tatsächlich bestehende Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit als Belastung empfunden haben. Es wäre ihr jedoch, auch wenn sie es gewollt hätte, zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich gewesen, die informale Bindung an die sozialdemokratische Partei aufzugeben, genau so wenig wie diese die von den Gewerkschaften vertretenen ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder außer acht lassen konnte. Wenn die Gewerkschaftsführung immer wieder ihre „völlige Unabhängigkeit“ betonte, war das insoweit richtig, als sie keinen Führungsanspruch der Partei anerkannte, unter allen Umständen auf ihrer Selbstständigkeit beharrte und Eingriffe in ihren Bereich nicht duldete.

Bracher kommentiert den Verzicht der Gewerkschaftsführung auf weitere Verhandlungen mit Schleicher im Januar 1933 mit dem Satz: „Leipart gehorchte seinem Parteivorstand.“⁶² Diese Formel wird jedoch dem Tatbestand keineswegs

⁶² Bracher a. a. O., S. 700; dagegen neuerdings: Furtwängler a. a. O., S. 572 f.; Stampfer im „Vorwärts“, 23. 3. 1956, S. 24, der Schleichers Unzuverlässigkeit als Partner hervorhebt.

gerecht. Leiparts „Gehorchen“ hat mit Subordination nichts zu tun. Viel wichtiger war für ihn die Überlegung, daß die Betriebsarbeiter und kleinen Gewerkschaftsfunktionäre kein Verständnis für eine Unterstützung der Regierung Schleicher aufbringen würden. Bei der Tolerierung Brünnings war die Situation ganz anders gewesen. Nur weil Partei- und Gewerkschaftsführer in Eintracht handelten, waren sie in der Lage, ihren Mut zur Unpopularität zu beweisen. Auch jetzt wäre das Vertrauenskapital beider Führungsgremien erforderlich gewesen, um die von der Gewerkschaftsführung erwogene Politik zu realisieren. Versagte sich aber der Parteivorstand der SPD, so konnte die Gewerkschaftsführung gegen den Druck von unten, von der gemeinsamen soziologischen Basis her, nicht aufkommen. Wie stark dieser Druck gewesen sein muß, zeigt indirekt die mit leidenschaftlichen Dementis gespickte Eröffnungsrede Leiparts auf der Betriebsrätekonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (AFA-Bund) in Berlin am 22. Januar⁶³.

Auf die plötzliche Berufung Hitlers zum Kanzler reagierte die Gewerkschaftsführung in der gleichen Weise wie die Parteispitze, und den ganzen Februar hindurch lassen die offiziellen Verlautbarungen keine abweichende Haltung erkennen. Allerdings enthielten Graßmanns Ausführungen auf der Bundesausschußsitzung vom 31. Januar eine deutliche Warnung an „jede Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte“.⁶⁴ Dieser Satz hätte jedoch nur dann seine volle Bedeutung erlangen können, wenn in der SPD-Führung die Bereitschaft zum offenen Widerstand und zur Proklamierung des Generalstreiks größer gewesen wäre als bei den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften.

Die Schwenkung der Gewerkschaften kündigte sich nach den Wahlen vom 5. März an, die von der „Gewerkschaftszeitung“ dahin kommentiert wurden, daß die Gewerkschaften nach dieser „folgschweren Entscheidung“ noch mehr als seither „auf ihre eigene Kraft allein“ angewiesen seien. „Was die deutsche Arbeiterschaft an Einfluß auf die Gestaltung des sozialen Lebens durch Verluste in der Sphäre der Politik eingebüßt hat, muß sie wettmachen durch die Stärkung der Gewerkschaften.“⁶⁵ Da es sich immerhin um einen Artikel in dem offiziellen Organ des ADGB handelt, scheint der Schluß erlaubt, daß die Gewerkschaftsführung Papens Mahnung vom 4. März: „Wenn die Gewerkschaften das Zeichen der Zeit erkennen und sich in starkem Maße entpolitisieren, so können sie gerade jetzt ein starker Pfeiler einer neuen Volksordnung werden“,⁶⁶ unmittelbar im Anschluß an die Wahlen zum Gegenstand ernsthafter Erörterungen gemacht hat.

Die Entschlüsse der Gewerkschaften wurden dadurch beflügelt, daß sie ebenso wie die Partei unter den Verfolgungen zu leiden hatten. Den entscheidenden

⁶³ „Gewerkschaftszeitung“, 28. 1. 1933, S. 52 ff.

⁶⁴ A. a. O., 4. 2. 1933, S. 67.

⁶⁵ A. a. O., 11. 3. 1933, S. 146; dabei charakteristisch der Hinweis auf die noch jüngst abgeschlossenen Tarifverträge, die für Furtwängler, a. a. O., S. 582 ff., noch heute ein gewichtiges Argument sind.

⁶⁶ „Papens Appell an das deutsche Gewissen“, Oldenburg i. O. 1933, S. 91.

Schritt tat der Bundesvorstand des ADGB mit seiner Erklärung vom 20. März, die, von Leipart am folgenden Tage Hitler zugeleitet, einer Loyalitätsversicherung gleichkam. Der Kernsatz dieser Erklärung, mit der sich die Gewerkschaftsführung offen von der SPD distanzierte, lautete, daß die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften erfüllt werden müßten, „gleichviel welcher Art das Staatsregime ist“. Die Gewerkschaften seien „ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst“ und „im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen“. An die Stelle des demokratischen und sozialistischen Glaubensbekenntnisses der Gewerkschaften, das noch vor wenigen Wochen immer wieder betont worden war,⁶⁷ tritt die Anerkennung abstrakter Begriffe, die den Brückenschlag von der Vergangenheit in die Gegenwart ideologisch ermöglichen sollen.

Am 5. April fand eine Besprechung von ADGB-Vorstandsmitgliedern, darunter Leipart und Leuschner, mit führenden NSBO-Funktionären statt, die eigentlich desillusionierend hätte wirken müssen. Trotzdem wurde in der Bundesausschußsitzung vom gleichen Tage der Beschluß gefaßt, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Den nächsten Schritt bildete der Beschluß des Bundesvorstandes vom 19. April über die Beteiligung an den Maifeiern des Regimes und ein entsprechender Aufruf an die Mitgliedschaft.

Die ideologische Begleitmusik zu den Bemühungen der Führung lieferte eine Reihe von Artikeln in der Gewerkschaftspresse. So versucht Franz Grosse den neuen Machthabern nachzuweisen, daß sie in ihrem eigenen Interesse das faschistische Beispiel der Unterdrückung der Gewerkschaften nicht befolgen dürften. „Nur unter Berücksichtigung der auf eigener völkischer Grundlage gewachsenen Kräfte“ könne „die nationale Regierung das fremde Vorbild nicht nur erreichen, sondern . . . auch übertreffen.“⁶⁸ Franz Josef Furtwängler preist die „Reichseinheit nach dreihundert Jahren“ vom gewerkschaftlichen Standpunkt⁶⁹; und Walter Pahl begrüßt den 1. Mai „als Tag des Sieges“; die Arbeiterschaft erwarte, daß die Reichsregierung an diesem Tage einen Nationalisierungsplan der deutschen Gesamtwirtschaft in seinen Umrissen verkünde, die „sozialistische Tat“ werde auch die noch mißtrauisch Abseitsstehenden überzeugen⁷⁰.

Auch wenn man derartige Auslassungen nur als zeitgemäße Verpackung gewerkschaftlicher Existenzsorgen ansieht, hinterlassen sie einen peinlichen Nachgeschmack. Alles in allem deuten sie zusammen mit den Verlautbarungen der Gewerkschaftsführung die Möglichkeit eines gewerkschaftlichen „Nationalliberalismus“ an, der geneigt zu sein schien, den Verlust der Demokratie durch die Errungenschaften der Einheitsgewerkschaft, der Nationalisierung der Wirtschaft und des Einheitsstaates zu kompensieren.

Wie der sozialdemokratischen Führung ging es den Spitzenfunktionären der

⁶⁷ „Gewerkschaftszeitung“, 25. 3. 1933, S. 177.

⁶⁸ A. a. O., 15. 4. 1933, S. 225 ff.

⁶⁹ A. a. O., 22. 4. 1933, S. 242 ff.

⁷⁰ A. a. O., 29. 4. 1933, S. 259 ff.

Gewerkschaften in erster Linie um die Erhaltung ihrer Organisationen. Es darf ihnen auch nicht unterstellt werden, daß sie sich nicht ehrlich als Treuhänder der Arbeiterinteressen gefühlt hätten. Nur der völlige Machtverlust der SPD verführte sie dazu, aus dem gemeinsamen Boot auszusteigen, das zu kentern drohte, weil es sein altes Gleichgewicht verloren hatte. Wahrscheinlich dachte kaum einer von ihnen daran, sich innerlich gleichschalten zu lassen. Doch bei ihrer Anpassungspolitik überschritten sie eine Grenze, die von der sozialdemokratischen Führung trotz aller Konzessionsbereitschaft generell bis zum bitteren Ende gewahrt wurde. Trotzdem besetzte die SA bereits am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser, und die Spitzenfunktionäre wurden verhaftet.

V. Der Konflikt Berlin-Prag

Als der Parteivorstand der SPD am 4. Mai, unmittelbar nach dem Schlag gegen die Gewerkschaften, einmütig beschloß, einige seiner Mitglieder ins Ausland zu schicken, hoffte man immer noch, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln würde. Von einer Verlegung des Vorstands war keine Rede, und die von dem Beschluß betroffenen Führer sträubten sich. Die von Edinger vertretene Version, daß sich schon zu dieser Zeit eine Löbe- und eine Stampfer-Gruppe im Parteivorstand gegenübergestanden hätten, läßt sich nicht halten⁷¹. Der Konflikt zwischen den in Berlin verbliebenen Vorstandsmitgliedern und denen, die ins Ausland gegangen waren und sich in der zweiten Maihälfte in Prag als Auslandsvertretung etablierten, wurde erst durch die Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. Mai heraufbeschworen.

Zu dieser Zeit weilte bereits die Mehrheit der Vorstandsmitglieder nicht mehr im Reichsgebiet. Am 10. Mai hatte das Regime das Parteivermögen beschlagnahmen lassen, doch weitere Maßnahmen gegen die Partei erfolgten zunächst nicht. Die Atempause, die die außenpolitischen Schwierigkeiten der Hitlerdiktatur der SPD verschafften und die bis Mitte Juni anhielt, gab den Loyalitätsillusionen neuen Auftrieb und bestärkte die im Lande verbliebenen Führer in dem Entschluß, an der Beschwichtigungs- und Stillhaltetaktik festzuhalten. Daher war auch die Reichstagsfraktion nicht geneigt, sich dem Vorschlag der in Saarbrücken zusammengetretenen Vorstandsmehrheit zu fügen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichstagsitzung vom 17. Mai demonstrativ fernbleiben sollten.

An den Fraktionssitzungen vom 16. und 17. Mai nahmen wenig mehr als die Hälfte der gewählten Abgeordneten teil. Stampfer und Vogel, die von Saarbrücken aus nach Berlin zurückgekommen waren, um eine sozialdemokratische Zustimmung zu Hitlers „Friedensresolution“ zu verhindern, drangen mit dem Vorschlag des Parteivorstandes nicht durch. Allerdings zeigte sich zunächst „nur eine kleine Gruppe . . . aus taktischen Gründen bereit, sich notfalls auf die stumme Zustimmung zu Hitlers außenpolitischer Rede zu beschränken“. Wenn aber der Frak-

⁷¹ Edinger a. a. O., S. 355 f.; dagegen unter anderem Dok. 1, S. 183 ff., 190.

tion die Abgabe einer eigenen Erklärung unmöglich gemacht würde, schien die große Mehrheit entschlossen, der Sitzung fernzubleiben⁷². Erst die erpresserische Morddrohung Fricks in der Ältestenratssitzung am 17. Mai mittags gab den Ausschlag. Nunmehr stimmten in der Fraktion von 65 anwesenden Abgeordneten 48 für die unmotivierte Zustimmung.⁷³

Aus der Haltung der Fraktionsmehrheit und der in Berlin verbliebenen Führer sprach nicht allein Furcht um die eigene Sicherheit und das eigene Leben; sie glaubten, daß ihre Gefügigkeit vielleicht eine neue Terrorwelle und die Rache des Systems an den Opfern in den Konzentrationslagern verhindern könne. Eine Anzahl von Abgeordneten klammerte sich aber auch angesichts der maßvollen Formeln Hitlers, die nur der lebensgefährlichen außenpolitischen Isolierung der Diktatur zu verdanken waren, an die Fiktion einer Kontinuität der deutschen Außenpolitik von Stresemann und Hermann Müller bis Adolf Hitler. Die Entscheidung vom 17. Mai riß eine Kluft in der Partei auf. Nachdem die Grenze des legalen, parlamentarischen Widerstandes am 23. März erreicht worden war, wurde der 17. Mai von vielen als „Entehrung der Partei und . . . Kapitulation“ betrachtet⁷⁴. Für die Vertreter des „Löbe-Kurses“, der von den Berliner Vorstandsmitgliedern und den großen Parlamentsfraktionen getragen wurde, handelte es sich jedoch gar nicht darum, sich gleichzuschalten. Sie hielten nur krampfhaft an der alten Kampfform und ihren organisatorischen Traditionen fest und wollten vor allem versuchen, die Reste der zerschlagenen Partei zu sammeln und zusammenzuhalten. Dabei spielte die Hoffnung auf ein Weiterbestehen des Reichstags und der Länderparlamente eine wesentliche Rolle. Obgleich die Immunität der Abgeordneten vielfach verletzt worden war, herrschte besonders bei den Angehörigen der Reichstagsfraktion noch immer die Vorstellung, daß sie, wie in der Zeit des Sozialistengesetzes, die Pflicht hätten, geschützt durch ihre Mandate, die Partei zu repräsentieren. Diese Vorstellung ist auch weitgehend für den ursprünglichen Plan vom 16./17. Mai verantwortlich, mit einer eigenen Erklärung in die Kroll-Oper zu gehen.

Der Gedankengang ist etwa folgendermaßen zu rekonstruieren: die Zustimmung würde das Regime besänftigen, die eigene Erklärung den inneren Kontakt mit der enttäuschten Anhängerschaft aufrechterhalten oder wiederherstellen. Von etwa den gleichen Vorstellungen waren auch die Landtagsfraktionen beseelt, die bis in den Juni hinein die Ermächtigungsgesetze der einzelnen Länder ablehnten, aber dabei mit beschwichtigenden Erklärungen, die fast wie Entschuldigungen klangen, um gut Wetter baten. Das Protokoll der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion vom 10. Juni gibt einen lebendigen Eindruck von der Ehrenhaftigkeit der Beweggründe der Vertreter des Löbe-Kurses; es zeigt aber auch seine außerordentlich illusionäre Grundlage und die in der Partei herrschende Verwirrung. Es ist bemerkenswert, daß der einzige, der ein realistisches Wort zur Lage zu sagen wußte

⁷² Stampfer in: „Internationale Information“, 1933/I, S. 246 ff., 282 f.

⁷³ Nach „Internationale Information“, 1933/I, S. 244.

⁷⁴ A. a. O.

und sich weder über die Absichten der Nationalsozialisten noch über den Zustand der „förmlich atomisierten“ SPD-Illusionen machte, Kurt Schumacher hieß⁷⁵.

Der Löbe-Kurs, dessen Träger mindestens zunächst in der außenpolitischen Ablenkung des Systems Tendenzen zur Mäßigung oder gar „Normalisierung“ zu erkennen glaubten, wurde seit dem 17. Mai empfindlich durch die Aktivität der ins Ausland gegangenen Vorstandsmitglieder gestört, die bis zu diesem Zeitpunkt Zurückhaltung geübt hatten. Im Gegensatz zu den Berliner Vorstandsmitgliedern kamen sie nach der Beschlagnahme des Parteivermögens zu der Erkenntnis, daß „die Periode, wo wir hoffen konnten, durch die Ausschaltung von Vorwänden für Gewaltmaßnahmen etwas zu retten, . . . vorüber“ sei⁷⁶. Nun wollten sie endlich den schon fast hoffnungslos gewordenen Versuch unternehmen, der inneren Zersetzung der Partei und der weit fortgeschrittenen Demoralisierung entgegenzuarbeiten; und da der 17. Mai bewies, daß im Reich nicht mehr die mindeste Möglichkeit auch nur zu einem eindrucksvollen Protest bestand und daß jeder Versuch, die Partei legal zu repräsentieren, im In- wie im Ausland zu neuen Mißdeutungen führen mußte, wurde die offizielle Verlegung des Vorstandes nach Prag beschlossen.

So standen sich seit der zweiten Maihälfte der Berliner Rumpfvorstand und der Prager Emigrationsvorstand gegenüber. Beide waren von dem besten Willen besetzt; beide teilten, was die Selbstzersetzung des Regimes anbetraf, weitgehend die gleichen Illusionen. Was sie trennte, war auch im Kern keine Differenz der Anschauungen, sondern eine Differenz der Perspektiven. Menschen, die vor wenigen Wochen oder Tagen noch vertrauensvoll und freundschaftlich zusammen gearbeitet hatten, verstanden sich auf einmal nicht mehr, weil die einen in Freiheit und die anderen in Unfreiheit atmeten. Alle Versuche, sich gegenseitig zu überzeugen, fruchteten nichts, und der Konflikt spitzte sich immer mehr zu. Die beiden Gremien wurden auseinandergetrieben, ohne es selbst zu wollen, und sahen sich auf einmal in einen peinlichen Kampf um Einfluß und Kompetenzen verstrickt. In Prag wie in Berlin erhob man den Anspruch, allein die Partei zu vertreten. Dabei taten das Bewußtsein der Daheimgebliebenen, bei der geschlagenen und zersprengten Truppe auszuhalten, und ihr Sentiment gegen die Emigrantenpolitik das Ihrige dazu, der Auseinandersetzung eine stark gefühlsbetonte Note zu verleihen.

Am 19. Juni erreichte der Konflikt mit der Wahl eines neuen Parteivorstandes in Berlin seinen Höhepunkt; doch für die bürgerlich-rechtlichen Wirkungen der offiziellen Erklärung, daß die Partei für alle Äußerungen der Emigranten jede Verantwortung ausdrücklich ablehne⁷⁷, hatten die nationalsozialistischen Führer kein Verständnis. Schon am 22. Juni wurde der SPD jegliche Betätigung untersagt und die Kassierung der sozialdemokratischen Mandate verfügt. Die neue Terrorwelle war bereits mit voller Wucht angelaufen. Das Regime hatte zu dem Schläge ausgeholt, der innerhalb von wenigen Wochen das ganze bisherige Parteiensystem hinwegfegte.

⁷⁵ Dok. 1, S. 190.

⁷⁶ Brief Wels' vom 17. 5. 1933, a. a. O., S. 282.

⁷⁷ „Frankfurter Zeitung“, 20. 6. 1933.

VI. Anfänge der Illegalität

Schon während der Anfänge der Regierung Papen faßte Otto Wels den Entschluß, die Schaffung einer illegalen Organisation neben der offiziellen Partei anzuregen, um für den Fall eines offiziellen Parteiverbots oder einer ernsthaften Behinderung der legalen Parteiarbeit der völligen Aktionsunfähigkeit der SPD vorzubeugen. In den Sitzungen des Parteivorstandes scheint über diesen Plan nicht verhandelt worden zu sein. Offenbar ist Wels von sich aus – vielleicht nach vertraulicher Absprache mit einigen Vorstandskollegen – im Juni und Juli 1932 an zuverlässige Funktionäre im Lande herangetreten. Wohin sein Vorschlag im einzelnen gelangt ist, und wo er Widerhall fand, könnte bei dem Mangel an schriftlichen Quellen nur durch umfangreiche Nachforschungen festgestellt werden. Das Dokument der Hannoverschen „Sozialistischen Front“ spricht von „wenigen Großstädten . . ., in denen schon im Sommer 1932 die Anregung des Parteivorstandes befolgt war, illegale Gruppen aus den zuverlässigsten und aktivsten Funktionären zu bilden, welche die Parteiarbeit leisten sollten, wenn der legale Parteiparat nicht mehr arbeiten können . . .“⁷⁸ Nachzuweisen ist es für Leipzig, Hannover und Hamburg, wo die vorbereitende illegale Arbeit von dem Kreis um Gustav Dahrendorf getragen wurde, und für die Berliner Sozialistische Arbeiterjugend.⁷⁹

Für den Aufbau der Leipziger Organisation⁸⁰ wurde, wie in Hannover und bei der Berliner SAJ, das auch in der kommunistischen Geheimorganisation übliche Organisationsprinzip der „Fünfergruppen“ gewählt, die man in Leipzig als „Pionierketten“ bezeichnete. Im Unterschied zu Hannover, wo sich die Organisation auf den Ortsverein der Stadt beschränkte, traf man jedoch von Leipzig aus die Vorbereitungen auf der regionalen Basis des Parteibezirks. Das Organisationsschema ähnelt dem von Hannover⁸¹. Angelehnt an die Untergliederung der legalen Partei setzte sich der illegale Apparat aus acht Teilorganisationen im Bereich der Stadt Leipzig und etwa zehn im Bereich des Parteibezirks zusammen, die mit dem Leiter der Gesamtorganisation durch Verbindungsleute verkehrten. Bis zum Spätherbst 1932 war ein Gerippe von etwa 250–270 Fünfergruppen geschaffen worden. Dieser großzügige Ausbau brachte erhöhte Gefahren mit sich. Trotzdem überstand die Organisation, die nach dem 30. Januar 1933 ihre Tätigkeit einfach fortsetzte, das Jahr 1933 unbehelligt. Im Juni 1934 wurde sie durch Zugriff der Polizei im Grundgefüge zerstört; einzelne Teile des Systems konnten sich jedoch länger halten.

⁷⁸ Dok. 5, S. 205.

⁷⁹ Auskunft Georg Eckerts u. Dok. 3, S. 196, das allerdings die Anregung durch Wels oder aus Vorstandskreisen nicht erkennen läßt. Die Frage, ob sozialdemokratische Organisationen im Sommer 1933 aus eigenständiger Initiative illegale Vorbereitungen getroffen haben, ist noch offen.

⁸⁰ Nach einem mündlichen Bericht von Rudolf Rothe, der den Aufbau der Leipziger Organisation geleitet hat.

⁸¹ Dok. 5, S. 218. Die Verbindungslinie von A nach C 3 ist irrtümlich in das Schema eingezeichnet worden und zu streichen.

Diese beschränkten Vorbereitungen auf die Illegalität haben für die Gesamtpartei keine Bedeutung erlangt, zumal die Parteileitung im Frühjahr 1933 nicht nur nichts unternahm, um die Umstellung der Partei auf die illegale Arbeit zu fördern, sondern vorhandene Ansätze sogar zu unterdrücken versuchte, weil sie die Stillhaltetaktik gefährdeten⁸². Damit desavouierte Otto Wels praktisch die seiner eigenen Voraussicht vom Sommer 1932 zu verdankenden vorbeugenden Maßnahmen.

Besonders den jüngeren aktivistischen und den linksoppositionellen Elementen in der Partei waren die Legalitätsillusionen der Führer unverständlich. Der Konflikt zwischen dem Parteivorstand und der Berliner Parteileitung einerseits und den Führern der Berliner Jugendorganisation andererseits ist charakteristisch für die Auseinandersetzungen, die sich im März und April 1933 auf den verschiedenen Stufen der Parteiorganisationen abspielten. Vom Mai ab, nachdem die Einrichtungen der Partei beschlagnahmt worden waren und die Tätigkeit in den legalen Organisationen praktisch zum Erliegen gekommen war, nahm die illegale Arbeit einen beträchtlichen Umfang an; und bis zum offiziellen Verbot der Partei existierten drei Teile der Sozialdemokratie nebeneinander: die Reste der alten Partei, die Anfänge der Emigrantenorganisation und die illegalen Gruppen. Die Sphären dieser drei Teile berührten sich zwar gelegentlich, blieben jedoch im wesentlichen voneinander getrennt.

Die sozialistische Illegalität, wie sie sich im Mai und in den folgenden Monaten entfaltete, bietet ein buntes Bild. Neben den wenigen schon seit 1932 vorbereiteten Organisationen stehen die Versuche in den linksoppositionellen, dem Berliner Parteivorstand kritisch gegenüberstehenden Parteibezirken Sachsens und Thüringens, die Kader ganzer regionaler Parteieinheiten geschlossen in die Illegalität zu überführen und die Periode der Halblegalität, so gut es ging, für einen planmäßigen Aufbau der illegalen Arbeit zu nutzen. Hier ist allen voran der Bezirk Chemnitz zu nennen⁸³. Auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz vom 19. Juni 1933 wurde zwar über die Frage der Illegalität debattiert; doch die maßgebenden Vertreter der Berliner Vorstandsgruppe um Paul Löbe hielten auch jetzt noch an ihrem ablehnenden Standpunkt fest. Daraufhin trafen sich die Anhänger des illegalen Kurses am Nachmittag des Konferenztages zu einer Sondersitzung in einer Charlottenburger Villa und versuchten eine zentral geleitete, illegale sozialdemokratische Reichsorganisation zu improvisieren⁸⁴. Dieser Versuch in letzter Minute war von vornherein aussichtslos und hat kaum praktische Bedeutung erlangt. Wirklich bezeichnend für den ersten Abschnitt der Illegalität sind die vielen voneinander unabhängigen Einzelgruppen, die wie Pilze aus der Erde schossen und deren Zahl in die Tausende ging⁸⁵.

⁸² Siehe oben Abschnitt III und Dok. 5, S. 196 ff.; Dok. 5, S. 205.

⁸³ Dok. 5, S. 199; s. auch Jaksch in: „Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokratie“, hrsg. von der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten zum 50. Geburtstag von Jaksch, Malmö 1946, S. 109.

⁸⁴ Nach einer von Ernst Schumacher, damals Bezirkssekretär in Düsseldorf, für den Verf. angefertigten Niederschrift vom Januar 1956.

⁸⁵ Günther Weisenborn, „Der lautlose Aufstand“, 2. Aufl., Hamburg 1954, S. 145.

Abteilungen der Partei, der Jugendgruppen, des Reichsbanners usw. wollten illegal beisammen bleiben. Dilettantisch und unerfahren, suchten sie sich, notdürftig getarnt, den neuen Verhältnissen anzupassen, um ihre gewohnte Tätigkeit fortsetzen zu können. „In den Wochen und Monaten der ersten Gehversuche sang die illegale SPD in neugegründeten Männerquartetten, sie spielte Skat, sie kegelte, sie wanderte und traf sich in Haufen auf den Lagerplätzen . . . Kurz, die damaligen illegalen Kreise suchten Gesellschaftsformen, die dem Kenner schon auf 20 Meter sagten: ‚Das ist bestimmt kein Gesangverein, Skat- oder Kegelklub, sondern eine politische Gruppe‘, wobei es mitunter noch nicht allzu schwer war zu sagen, welcher politischen Auffassung der einzelne Kreis zuneigte.“⁸⁶ Wenn der Wille zur Aktivität auch bei den Jungen besonders groß war, so gab es doch viele ältere Sozialdemokraten, darunter Funktionäre von beträchtlichen Graden, die sich einfach nicht vorstellen konnten, daß nun auf einmal alles aus sei. Charakteristisch ist das Beispiel des ehemaligen zweiten Vorwärts-Chefredakteurs Franz Klühs, der sich illegal zu betätigen versuchte und, von vornherein verdächtig, eine leichte Beute der Staatspolizei wurde.

Diese ersten Gruppen sahen ihre Aufgabe vor allem in der illegalen Propaganda, sie verbreiteten selbsthergestellte Flugschriften und wurden, soweit sie mit der Emigration in Verbindung standen, von dieser mit Material versorgt. Sie waren nicht nur durch ihre eigene Unerfahrenheit gefährdet, sondern auch durch die zumeist unbewußte Leichtfertigkeit der Emigrationsstellen, die sich z. B. mit Vorliebe der Post für den Schriftentransport bedienten⁸⁷. Im allgemeinen hatten die ersten Illegalen keine Vorstellung von dem Risiko, das sie auf sich nahmen. Sie rechneten, wie auch die Emigranten, zumeist damit, daß die Diktatur rasch abwirtschaften würde. Ihre Gruppen waren fast alle sehr kurzlebig; als die ersten Zugriffe der Polizei erfolgten und sich in der Regel eine realistischere Einschätzung der Lage einstellte, zweifelten viele an der Möglichkeit und der Wirksamkeit weiterer illegaler Aktionen, wenn auch an vielen Orten ein lockerer Zusammenhang ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterorganisationen erhalten blieb. Diejenigen, die trotzdem zur Weiterarbeit entschlossen waren und der Verhaftung entgingen, mußten versuchen, sich in ihren Methoden mehr und mehr auf die Bedingungen des totalitären Systems umzustellen.

Relativ gute Chancen eines längeren Überlebens besaßen von Anfang an die Organisationen der sozialistischen Splittergruppen, wie des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der Kommunistischen Partei-Opposition, deren Funktionäre und Mitglieder der Polizei weniger gut bekannt waren und sich überdies durch eine besondere gegenseitige Verlässlichkeit auszeichneten, während die zunächst oft tollkühn operierenden kommunistischen Gruppen stark unter der Infiltration von Spitzeln zu leiden hatten.

Die erste Phase der sozialdemokratischen Illegalität, die sich zeitlich nur schwer

⁸⁶ W. Schirmmacher, „Sozialistischer Widerstand in Köln“, Mitteilungsblatt des Kreisverbandes Köln der SPD, Sondernummer, Mai 1955.

⁸⁷ Dok. 2, S. 195; Dok. 4, S. 200.

abgrenzen läßt, doch in der Hauptsache schon 1934 erledigt war, erhält ihren charakteristischen Akzent durch die Überbleibsel der alten Parteiorganisationen⁸⁸ und nicht durch eigenständige Gruppenbildungen auf neuer Grundlage. Sie ist organisatorisch wie geistig noch überwiegend durch das Auslaufen der Organisations- und Denkformen der alten Sozialdemokratie geprägt, wenn sich auch in ihr bereits das neue Werden ankündigt, das seinen Ausgangspunkt in der totalen Katastrophe des Jahres 1933 hat.

Unter den Gruppenbildungen, die in bewußtem Gegensatz zum Geist der alten Partei entstanden, nimmt die Organisation „Neu Beginnen“ den hervorragendsten Platz ein. Ihre Anfänge reichen bis 1929 zurück, als sich in Berlin kleine Diskussionszirkel kritischer Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenfanden. Festeren organisatorischen Zusammenhalt gewann die Gruppierung seit dem Herbst 1931, als es ihr gelang, die Abspaltung der Berliner sozialdemokratischen Jugendorganisation, die zur SAP neigte, zu verhindern. Der Aufbau der illegalen Gruppe „Neu Beginnen“ seit dem Frühjahr 1933 stützte sich einerseits auf die organisatorischen illegalen Vorbereitungen innerhalb der Berliner SAJ und auf ihre Verbindungen, andererseits auf die intensive geistige Vorbereitung in den Diskussionszirkeln. Die Organisation behielt ihren Schwerpunkt in Berlin, verzweigte sich jedoch schnell über das Reichsgebiet.

Im Gegensatz zu den vielen sozialdemokratischen illegalen Gruppen, die einer spontanen Reaktion auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung entsprangen, herrschte in dem Kreise von „Neu Beginnen“, in dem jahrelang die Probleme der italienischen Entwicklung und des zentralistischen Einparteistaats diskutiert worden waren, eine einigermaßen realistische Vorstellung davon, „was das Organisations- und Propagandamonopol einer Diktaturpartei im Unterschied zu jedem anderen System der Unterdrückung bedeutet, das immer noch Reste demokratischer Institutionen bestehen läßt“. So gelang es „Neu Beginnen“, besonders wirksame Methoden illegaler konspirativer Arbeit zu entwickeln; und die Gruppe stellte sich auch, nachdem sie vorübergehend dem Trugschluß erlegen war, daß sich in Deutschland kein „Vollfaschismus“ entwickeln würde, schnell auf eine „lange Perspektive“ ein⁸⁹.

Die Entwicklung der Gruppe, die leider noch nie eingehend untersucht worden ist, zeigt manche Parallelen zu der Entwicklung der „Sozialistischen Front“ in Hannover, obgleich die Hannoversche Organisation keine Beziehungen zu „Neu Beginnen“ unterhielt. Besonders bemerkenswert ist, daß beide Gruppen sich im Sommer 1935 zu einer Erweiterung der streng abgeschlossenen Kaderorganisationen entschlossen. Während die ursprüngliche Leitung von „Neu Beginnen“ in Sorge um die Sicherheit der Stammorganisation einen Standpunkt entwickelte, „der zur schroffsten Isolierung und Versektung zu führen drohte“, vertrat die große Mehrzahl der Funktionäre die Auffassung, „daß zwar die fest organisierten Gruppen not-

⁸⁸ Charakteristisch Dok. 4, S. 200 f., s. auch Dok. 5, S. 215 f.

⁸⁹ „Neu Beginnen, Was es will, was es ist und wie es wurde“, hrsg. vom Auslandsbüro Neu-Beginnen, hekt., London o. J. (1940), Zitat S. 13; Dok. 3, S. 196, 198 f.

wendigerweise sehr eng sein müßten, solange das Regime nicht von schweren politischen Krisen erschüttert sei; aber es gäbe noch auf lange Zeit hinaus eine breite Schicht von Funktionären der alten Bewegung, deren Bedürfnis zum Zusammenhalt teils aus der Tradition entspringe, teils durch den Druck der Diktatur immer von neuem erzeugt werde. Eine echte politische Organisation mit bestimmten Zielvorstellungen verdiene diesen Namen nur, wenn sie sich fähig erweise, in dauerndem Kontakt mit solchen Zirkeln, ihnen bei der Lösung der technischen Aufgaben der Illegalität zu helfen, ihnen solide Informationen zu übermitteln und auf die Entwicklung ihrer politischen Vorstellungen einzuwirken“. Diese Auffassung setzte sich nach schweren inneren Kämpfen und einem Leitungswechsel im Juni 1935 durch⁹⁰. Auf Grund der gleichen Überlegungen gliederte die „Sozialistische Front“ ihrer Kaderorganisation „eine Gruppenorganisation mit klarer Anlage zur Massenorganisation“ an, die beträchtlichen Umfang erreichte⁹¹.

Trotz ihres ursprünglich relativ großen Umfangs, bildete die sozialdemokratische Illegalität schon in den ersten Monaten nur einen kleinen Ausschnitt aus der sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft, die sich im Gegensatz zur kommunistischen trotz der organisatorischen und moralischen Zersetzung des Parteiapparats auch nach den Märzahlen als außerordentlich stabil erwies. Einen Anhaltspunkt geben die vorliegenden Teilergebnisse der Betriebsratswahlen vom April 1933, die für die NSBO so vernichtend waren, daß die Wahlen eingestellt wurden. Nur in den Bergbaugebieten, wo bisher die kommunistische „Rote Gewerkschafts-Opportunisten“ eine starke oder dominierende Stellung einnahm, hatte die NSBO auf Kosten des rapiden Rückgangs der RGO bemerkenswerte Erfolge. Noch die Vertrauensratswahlen von 1935 zeitigten so unerfreuliche Ergebnisse, daß das Regime es nicht wagen konnte, sie ungefälscht zu veröffentlichen⁹². Da nun in weiten Kreisen der ehemaligen Partei und der Gewerkschaften das Bedürfnis bestand, den persönlichen Kontakt mit den Gesinnungsgenossen auch fernherhin zu pflegen, ist es in vielen Fällen sehr schwer zu sagen, wo die Grenze zwischen aktivem Widerstand und passiver Gesinnungstreue zu ziehen ist. Auch die subjektive Einschätzung der Beteiligten geht sehr weit auseinander.

Eine sorgfältige Untersuchung der sozialdemokratischen Widerstandstätigkeit müßte eine Fülle von Gruppentypen sehr verschiedener Festigkeit berücksichtigen, von der Grenzerscheinung des Stammtisches bis zur festgefügt illegalen Kaderorganisation in der Art der Gruppe „Neu Beginnen“ oder der „Sozialistischen Front“. Sie müßte die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Verbindungen zwischen den verschiedenen Organisationen, die Kontakte zur Emigration und die Versuche, auf die unorganisierten Gesinnungsgenossen einzuwirken, sorgfältig erforschen. Sie hätte zwischen Organisationen lokalen und regionalen Charakters und solchen mit Stützpunkten und Verzweigungen in wei-

⁹⁰ „Neu Beginnen . . .“, S. 27 ff.

⁹¹ Dok. 5, S. 222 ff.

⁹² Siehe neuerdings die Dokumentation von T. E. (Theodor Eschenburg) in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 311 ff.

ten Teilen des Reichsgebietes zu unterscheiden. Vor allem aber wäre es ihre Aufgabe, herauszuarbeiten, wie sich mit dem immer stärker werdenden Zugriff der Diktatur und der Perfektionierung der Gestapo, aber auch beeinflusst durch die innere – besonders sozial- und wirtschaftspolitische – Entwicklung des Dritten Reiches und seine außenpolitischen Erfolge, die Struktur des sich generell auf immer kleinere Kreise verengenden aktiven sozialistischen Widerstandes stufenweise wandelt. Diese bei dem weitgehenden Fehlen schriftlicher Quellen unerhört schwierige Forschungsaufgabe ist bisher vernachlässigt worden. Auf ihre Dringlichkeit hinzuweisen ist um so notwendiger, als die Widerstandsforschung, die sich mehr und mehr auf die Vorgänge um den 20. Juli konzentriert hat, trotz der Erfreulichkeit vieler Ergebnisse weitgehend in eine biographische Sackgasse hineinzugeraten droht. Demgegenüber könnte gerade die Untersuchung der Strukturen des Widerstandes von paradigmatischer Bedeutung sein und die richtige Beurteilung der Verhältnisse innerhalb der bestehenden totalitären Systeme, auch in der deutschen Sowjetzone, wesentlich erleichtern.

VII. Der Geist der alten Sozialdemokratie und der Prozeß des Bewußtseinswandels

Die sozialdemokratischen Illusionen in der ersten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft mögen dem nachträglichen Kritiker unbegreiflich erscheinen. Indes hat keine der damals wirkenden anti- oder nichtnationalsozialistischen politischen Kräfte mehr Weitblick und Mut bewiesen als die letzten isolierten Verteidiger der Weimarer Ordnung, die das Ermächtigungsgesetz ablehnten. Das allgemeine Versagen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Verhalten der Sozialdemokratie nach dem preußischen Staatsstreich vom 20. Juli 1932 und nach dem 30. Januar 1933 ganz spezifische, in erster Linie durch die erstarrte sozialdemokratische Denkstruktur bedingte Züge aufweist. Die bestimmenden Faktoren dieser Denkstruktur lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das institutionalistische Denken in den Kategorien des traditionellen Parteiapparats und seiner seit Jahrzehnten praktizierten Kampf-formen: Die sozialdemokratisch geprägten Organisationen der Arbeiterbewegung sind primär nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck. Sie bilden einen in sich abgeschlossenen Lebensbereich mit seinen eigenen Gesetzen. Das durch und durch konservative Organisationsdenken führt zu einer Überschätzung der eigenen Kraft, macht blind gegen die wirklichen Gefahren und lähmt die politische Initiative, weil die als Ziel an sich empfundene geschlossene Erhaltung der Organisation höher steht als jeder risikoreiche politische Einsatz.

2. Das institutionalistische Denken in den Kategorien des Parlamentarismus und der rechtsstaatlichen Ordnung: Keine andere Ordnung als die parlamentarische war überhaupt vorstellbar, höchstens noch ein Rückfall in die des Obrigkeitsstaates, wie man sie aus der Vorkriegszeit kannte. Das parlamen-

tarisch-rechtsstaatliche Utopia, in dem viele Sozialdemokraten lebten, war noch bei der letzten Fraktionssitzung im Juni nicht ganz zerschlagen; und auch der kritische Maßstab, mit dem der Karlsbader „Neue Vorwärts“ die Vorgänge in Deutschland beurteilte, war zunächst „von dem einer scharfen parlamentarischen Opposition unter demokratischen Verhältnissen wenig unterschieden“.⁹³

3. Das hierarchische Denken: Das hierarchische Denken ist ein Teil des institutionalistischen Denkens. Eine Partei wie die sozialdemokratische, die als legale parlamentarische Massenpartei groß geworden war, doch offiziell immer auf ihrem revolutionären sozialistischen Anspruch beharrte, brauchte eine unerhörte innere Disziplin. Nur so war es möglich, die Macht der Massen wirkungsvoll zu demonstrieren, gleichzeitig aber jede unerwünschte spontane Störung der parlamentarischen Aktion auszuschalten. Die „Ochsentour der Parteihierarchie“⁹⁴ – die vom Parteiapparat auf die Fraktionen übertragen wurde und bis in die Sphäre der Staats- und Reichsregierungen hineinreichte –, gegen die viele meuterten und der sich praktisch jeder zu unterwerfen hatte, war generell nicht etwas, was die Spitzenfunktionäre von der Basis trennte, sondern etwas Verbindendes; und die Gegensätze sind oft mehr durch den verschiedenen Standpunkt innerhalb der Hierarchie bedingt als durch einen Unterschied des Denkens. Es entsprach dem Geist der Partei, daß sie von Funktionären geführt wurde. Das Dilemma des 20. Juli 1932 und des 30. Januar 1933 bestand darin, daß die Führung, ihrer ganzen geistigen Struktur nach, zu keiner Initiative fähig war, während die vom dumpfen Kampfeswillen erfüllten aktivistischen Teile der Arbeiterorganisationen vertrauensvoll auf ihre Führer schauten, weil ihnen die Parteidisziplin spontanes Handeln verbot.

4. Das evolutionistische Denken: Das evolutionistische Denken erfüllt auch in der Katastrophe der Arbeiterbewegung seine traditionelle Funktion: es rechtfertigt die Passivität und gibt neue Zuversicht, weil es die Selbstzersetzung der sieghaften reaktionären und totalitären Gegenkräfte verheißt. Es ist zugleich Ideologie und Lebensgefühl. Als Lebensgefühl gründet es sich hauptsächlich auf die Erfahrung des unaufhaltsamen Aufstiegs der Arbeiterorganisationen in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkriege und auf den daraus erwachsenen Mythos ihrer Unzerstörbarkeit trotz aller zeitweiligen Rückschläge und Unterdrückungen. Als Ideologie verschmilzt es die vormarxistische, humanitäre Fortschrittsgläubigkeit mit einem pseudonaturwissenschaftlichen Sozialdarwinismus und oberflächlich assimilierten Bestandteilen der Marxschen Lehre und des Marxschen Vokabulars zur Synthese. Die scheinrevolutionäre Begriffswelt dieses irreführend von Angehörigen und Gegnern der Partei als „Marxismus“ deklarierten Denkens, das den „Verhältnissen“ die Verwirklichung des Sozialismus überläßt, entspricht dem zwiespältigen Wesen der Sozialdemokratie des Kaiserreiches.

5. Das humanitäre Denken: Das humanitäre Denken entspricht den aus der Vorkriegszeit überkommenen allgemein pazifistischen Anschauungen der Sozial-

⁹³ „Die deutsche Sozialdemokratie . . .“, S. 35, mit vielen Beispielen (s. oben, Anm. 25).

⁹⁴ Leber a. a. O., S. 222.

demokratie. Es ist Vorbedingung und Bestandteil des evolutionistischen Denkens. Aufklärerischer Herkunft, konserviert dieses Denken die Geisteshaltung des 18. Jahrhunderts. Unrealistisch vernunftgläubig und ohne Verständnis für irrationale Beweggründe politischer Willensbildung stehen seine Träger der dynamischen Massenbewegung des Nationalsozialismus ohnmächtig gegenüber und beschwören noch mitten in der Katastrophe das Kampfmittel „geistiger Überlegenheit“.⁹⁵

6. Das Analogiedenken: Das sozialdemokratische Denken, dem impulsive Entschlüsse und spontanes Handeln fremd sind, ist immer auf der Suche nach historischen Analogien, nach Orientierungspunkten in der Vergangenheit. Das hypnotisierte Hinschauen auf das abschreckende russische Vorbild hat die Entwicklung 1918/19 wesentlich mitbeeinflusst. Am 20. Juli 1932 dominiert bei der Partei- und Gewerkschaftsführung die Vorstellung, daß ja alles ganz anders sei als beim Kapp-Putsch. Nach dem 30. Januar 1933 liefert das Sozialistengesetz die beherrschende Analogie; daneben steht der Vergleich mit der faschistischen Revolution, aus dem im allgemeinen die Folgerung gezogen wird, daß bei den andersartigen deutschen Verhältnissen eine italienische Entwicklung unwahrscheinlich sei. Die entscheidende Rolle dieses Analogiedenkens, das ebenfalls dazu dient, die abwartende Haltung der Partei zu rechtfertigen, konnte hier nur angedeutet werden; seine systematische Untersuchung steht noch aus.

Die geschilderten, sich einander gegenseitig bedingenden Denkformen bilden zusammengenommen eine gruppentypische Denkstruktur, in der sich Sein und Bewußtsein, Mentalität und Ideologie,⁹⁶ unentwirrt miteinander verfilzen. Diese Denkstruktur ist, individuell verschieden und modifiziert durch den geistigen Standort innerhalb der Partei, mehr oder minder stark wirksam; aber im allgemeinen entläßt sie sogar ihre scharfsinnigsten innerparteilichen Kritiker nicht ganz, die immer wieder ihre Einsicht und ihre selbständige politische Initiative der „Parteitreu“ unterordnen.

Das zählebige alte Denken bewies seine Kraft noch über die Katastrophe hinaus. Auch die theoretischen Gegensätze, die zunächst in den innerparteilichen Kämpfen der Emigration ausgefochten wurden, waren vorwiegend die Gegensätze der alten Partei. In der Renaissance des „Radikalismus“ und in der Absage an den „Reformismus“ zeigt sich nichts Neues, sondern die geistige Kontinuität der linken Opposition innerhalb der Partei, die in der Niederlage eine Bestätigung ihrer traditionellen Kritik an der führenden sozialdemokratischen Richtung sieht⁹⁷. Nicht anders verhält es sich mit dem Linksradikalismus, der der natürlichen Grundstimmung der Illegalen entspricht. Wie die oppositionellen Gruppen der Emigration standen sie dem Prager Parteivorstand, der ihnen als Verkörperung der bisherigen reformistischen Politik erschien, durchweg ablehnend gegenüber. Kompromittiert durch die kampflose Niederlage und die Anpassungspolitik, genossen die alten Führer unter den Emigranten wie unter den Illegalen nur wenig Autorität.

⁹⁵ Karl Kantsky in: „Internationale Information“, 1933/I, S. 116 ff.

⁹⁶ Matthias a. a. O., S. 83, 303 f.

⁹⁷ A. a. O., S. 25 ff.

Doch trotz des unverkennbaren Gegensatzes zwischen dem Emigrationsvorstand und den Illegalen und trotz der starken innerparteilichen Spannungen in der Emigration bahnte sich in allen organisiert arbeitenden Teilen der dezimierten und in viele Teile zersplitterten deutschen Sozialdemokratie ein Prozeß tiefgreifenden Bewußtseinswandels an. Die Verarbeitung des Schocks von 1933, die Auflösung des alten Parteiapparats und die völlig neuen Erfahrungen führten zu einer Auflockerung der erstarrten Denkstruktur, der sich selbst die parteikonservativsten Elemente in der Emigration – ob im Kreis um den Parteivorstand oder in den radikalen Gruppen – auf die Dauer nicht ganz entziehen konnten. In diesem Prozeß des Umdenkens erweist sich die organisierte Illegalität als weitgehend unabhängig, auch dort, wo sie mit den verschiedenen Richtungen der Emigration in Verbindung steht oder sich einer von ihnen zurechnet. Die Illegalen lehnen im allgemeinen die für die Emigration typischen theoretischen Haarspaltereien ab und bevorzugen, wie die vorliegenden Dokumente zeigen, ein stark subjektiv geprägtes Tatdenken und einfache, klare Ziele⁹⁸.

Der subjektive Wille, von vorn anzufangen und mit der alten Parteitradition zu brechen, kündigt sich bei den aktivsten Gruppen schon sehr früh an und drückt sich auch in der Namensgebung aus: „Roter Stoßtrupp“, „Neu Beginnen“, „Sozialistische Front“. Beide Flügel der Arbeiterbewegung hatten versagt, die „neue Partei“ konnte nur eine einmige Arbeiterpartei sein, für die es kein Modell gab. Für die Weiterführung des Streites zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Emigration hatte man kein Verständnis. Man war bereit, in der Illegalität mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten und zu diskutieren, soweit es aus Sicherheitsgründen möglich erschien, verwarf jedoch die „partieegoistische“⁹⁹ Einstellung der KPD.

Die zweite Vorstellung, die in den Jahren nach 1933 die illegalen Gruppen beherrschte, war die, daß der kommende sozialistische Staat kein Mehrparteienstaat sein dürfe und ohne eine starke, autoritäre Führung nicht zu denken sei.

Beide Ziele, die Einheitspartei und die diktatorische Staatsform, lassen sich unschwer aus der Reaktion auf die Niederlage und das Versagen des Parteienstaats erklären. Sie entsprechen den viel stärker ideologisch fundamentierten Auffassungen der linksradikalen sozialdemokratischen Emigrantengruppen in diesen Jahren. Bloße Reaktion ist allerdings noch keine einschneidende Bewußtseinswandlung. Wie die umfangreiche, sozialdemokratische Emigrantenliteratur zeigt, erweisen sich jedoch die Regenerationstendenzen trotz des zähen Nachwirkens alter Vorstellungen als so stark, daß man berechtigt ist, von einer Weiterentwicklung des sozialistischen Selbstbewußtseins zu sprechen. Es ist bemerkenswert, daß die neuerschlossenen Dokumente aus der Illegalität die gleichen, sich gegenseitig

⁹⁸ Dok. 4, S. 200 f.; Dok. 5, S. 201 ff.; die gleiche Tendenz auch in der vom 11. 10. 1934 datierten „Abschrift eines Programmentwurfs, wie es eine Berliner aktivistische und terroristische Gruppe unter der Führung des früheren Polizeimajors und R(eichsbanner)-Führers Heinrich verbreitet“ (unter diesem Titel im „Internationalen Institut für Sozialgeschichte“, Amsterdam).

⁹⁹ Dok. 4, S. 201; Dok. 5, S. 206 f., 213, 214 f.

durchdringenden Regenerationstendenzen erkennen lassen: die sozialrevolutionäre, die freiheitlich-sozialistische und die volkssozialistische¹⁰⁰. Damit liegt der Schluß nahe, daß — trotz aller Spannungen, Mißverständnisse und Phasenverschiebungen in der Entwicklung — Emigration und Illegalität, obgleich sie nicht nur räumlich voneinander getrennt sind, sich auf einer gemeinsamen geistigen Basis wiederzufinden beginnen, wenn auch dem subjektiven Gefühl der Beteiligten nach vielfach die Differenzen überwiegen.

Mir ist kein Zeugnis der Emigration bekannt, das einen so plastischen, unmittelbaren Eindruck von dem Prozeß des Umdenkens gibt wie das Dokument der illegalen „Sozialistischen Front“. Seine Kritik an der alten Sozialdemokratie stimmt fast Punkt für Punkt mit dem undogmatischen scharfen Urteil Julius Lebers vom Sommer 1933 überein. Auch für den Verfasser der Dokumente ist das klare Bekenntnis zur Nation eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die die Staatsmacht erobern will¹⁰¹. Auch er verachtet die fade „wissenschaftliche“ Verschleierung der Passivität und der Ohnmacht, betont die entscheidende Bedeutung des subjektiven Willens zur Macht und der irrationalen Motive der politischen Willensbildung, wendet sich energisch gegen diejenigen, die mit dem Begriff der „Klasse“ als einer mythischen Größe operieren und gegen die im alten sozialdemokratischen Denken vorherrschende „allzu schematische Typisierung der Menschen“. Mit der bewußten Verwerfung des traditionellen, rationalistisch-aufklärerischen Menschenbildes — bei Leber¹⁰² wie bei den „denkenden Arbeitern“ der „Sozialistischen Front“¹⁰³ — wird auch der Kernpunkt der sozialdemokratischen Selbstkritik in der Emigration getroffen, deren Entwicklung von dem Ringen um ein neues Verhältnis zum Menschen zeugt¹⁰⁴.

Wenn auch viele der politischen Vorstellungen des Dokuments in der rückschauenden Betrachtung illusionär erscheinen, so macht es doch die Grundzüge eines neuen — den Prinzipien der alten sozialdemokratischen „Realpolitik“¹⁰⁵ überlegenen — Realismus sichtbar. Das Dokument, das die herkömmliche „politische Demokratie“ liberal-demokratischen Charakters radikal ablehnt, aber die Demokratie als „Prinzip“ des politischen Lebens¹⁰⁶ anerkennt, bezeichnet — trotz des offenen Plädoyers für eine diktatorische Herrschaftsform — ein Stadium in der Entwicklung zu einem neuen Begriff der Demokratie, der dem neuen sozialistischen

¹⁰⁰ Matthias a. a. O., S. 216–234. Dok. 4, S. 200 f., und Dok. 5, S. 201 ff., sind in diesem Sinne als vorwiegend sozialrevolutionär anzusprechen, während im Heinrich-Dokument (s. Anm. 98) der volkssozialistische Charakter vorherrscht. Jedoch ist auch hier ein starker freiheitlich-sozialistischer und sozialrevolutionärer Einschlag nicht zu verkennen. Entsprechend zeigt Dok. 5 deutlich den Einfluß der freiheitlich-sozialistischen und — im unveröffentlichten Teil — der volkssozialistischen Regenerationstendenzen.

¹⁰¹ Dok. 5, unveröffentlichter Teil.

¹⁰² Leber a. a. O., S. 216.

¹⁰³ Dok. 5, S. 208 ff.

¹⁰⁴ Matthias a. a. O., S. 62 f., 250 ff.

¹⁰⁵ A. a. O., S. 61 ff.

¹⁰⁶ Dok. 5, unveröffentlichter Teil.

Bewußtsein und seinem veränderten Bild vom Menschen entspricht. Nicht die Form der Demokratie ist mehr das Entscheidende, sondern ihr Sinn und ihr Inhalt¹⁰⁷.

So sehr jedoch die durch den Schock von 1933 ausgelösten Erneuerungstendenzen die – wie das Dokument der „Sozialistischen Front“ betont – allgemeine Auffassung der Illegalen von 1936 zu rechtfertigen scheinen, „daß im Jahre 1933 ein langes und wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seinen Abschluß gefunden“ habe¹⁰⁸ und daß von der Stunde des Untergangs der alten legalen Partei eine neue Epoche datiere, so wenig ist zu verkennen, daß das politische Bewußtsein einer großen Zahl von Menschen aus der alten sozialdemokratischen Millionarmee auf der Stufe von 1933 stehen blieb. Viele, die, ganz auf sich allein gestellt oder in kleinen isolierten Zirkeln von der Umwelt abgekapselt, ihrer alten Partei in „passiver Treue“¹⁰⁹ anhängen und aus ihrer Tradition seelische Kraft schöpften, wurden von der ideologischen Wandlung, die sich in den Kreisen des aktiven Widerstandes, in den Diskussionsgruppen der Konzentrationslager und in der Emigration anbahnte, kaum berührt. In der Stunde der Wiedergeburt waren diese Treuen, darunter Funktionäre aller Grade und viele einfache Menschen, die in Reih und Glied gestanden hatten, wieder da; für sie aber war die neuerstehende Partei die alte. Aus dem inneren Exil kehrten sie in die Heimat zurück. Damit meldete schon in der ersten Stunde der neuen Partei auch der Geist der Tradition und der Restauration seinen Anspruch an, für den die Ereignisse des Jahres 1933 noch immer eine Naturkatastrophe bedeuteten, der die alte Sozialdemokratie ohne eigenes Verschulden erlegen war.

KARL O. PAETEL

ZUM PROBLEM EINER DEUTSCHEN EXILREGIERUNG

Vorbemerkung des Herausgebers: Der Verfasser war vor seiner Auswanderung nach den Vereinigten Staaten Herausgeber der nationalrevolutionären Monatsschrift „Die Sozialistische Nation“. Als solcher gehörte er, wie er uns schreibt, zu den Unterzeichnern des ersten Aufrufs des „Council for a Democratic Germany“, über dessen innere Geschichte er uns im folgenden interessante Aufschlüsse gibt. Ohne Mitglied des Council gewesen zu sein, hat er doch an dessen Arbeitsgemeinschaften teilgenommen und so Gelegenheit gehabt, nicht nur alle maßgeblichen Personen, sondern auch die hinter den Kulissen vor sich gehenden „Ausbalancierungen“ aus nächster Nähe zu beobachten. Das Material, auf das er Bezug nimmt, ist in Deutschland größtenteils unbekannt. Aus Raumgründen konnte es hier nur in begrenztem Maße ausgewertet werden; auch ist auf die Einordnung der ganzen Frage in die amerikanische Außenpolitik bewußt verzichtet worden.

H. R.

¹⁰⁷ Matthias a. a. O., S. 241–256.

¹⁰⁸ Dok. 5, S. 209.

¹⁰⁹ A. a. O., S. 209, S. 215 f.